

Die Jagd auf "Ökofaschisten"
die Faschisten im Kleide der Antifaschisten,
die Desinformation unter der Fahne der
Aufklärung,
eine problematische Vermittlung des Dekans und
das Versagen der Gesellschaftswissenschaften

Offener Brief
von Tristan Abromeit
vom
27. 11.1996

an den Dekan
der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hannover,
Herrn Prof. Dr. Otwin Massing
und an den Allgemeinen Studentenausschuß der Universität
Hannover
mit gesonderter Kopie für den Präsidenten der Universität
Hannover, Herrn Professor Hinrich Seidel

Anlagen zum Offenen Brief

www.tristan-abromeit.de
Text: 14.1

(eingescannt im März 2007)

Anlagen zum Offenen Brief

von Tristan Abromeit

Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt vom 27. 11. 1996

an den Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hannover,

Herrn Prof. Dr. Otwin Massing

und an den Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Hannover

mit gesonderter Kopie für den Präsidenten der Universität Hannover, Herrn Professor Hinrich Seidel

Die Jagd auf „Ökofaschisten“, die Faschisten im Kleide der Antifaschisten, die Desinformation unter der Fahne der Aufklärung, eine problematische Vermittlung des Dekans und das Versagen der Gesellschaftswissenschaften

1. Neujahrsgruß für Freund und „Feind“ vom Verfasser (1Seite),
2. Das (Des-)Informationsblatt „Notdürftig verpackter Faschismus“ des AstA der Uni Hannover (2 Seiten),
3. Gedächtnisprotokoll zu den Vorgängen bei der Veranstaltung am 12. Nov. 1996 in Hannover von Helmut Creutz (3 Seiten),
4. meine Stellungnahme „Rote Karte für den Bundesvorstand von Bündnis 90 Die Grünen“ vom 12. 10. 1996 (5 Seiten),
5. „Sozialdarwinismus ...“, ein Artikel aus der Zeitschrift „Der Dritte Weg“ (7/1994) (2 Seiten)
6. Leserbrief von Prof. A. Wacker (bezieht sich auf den Text auf Seite 8/9 und Zitat von Gesell zum Krieg (1 Seiten),
7. Ein Gespräch mit Wolf Biermann zum Text auf Seite 10 (2 Seiten),
8. Leseprobe aus DDW, Vorstellung des „Dritten Weges“ von zwei Schülern (Doppelblatt / 4 Seiten),
9. Zeitgenossen über Silvio Gesell (1862 - 1930) (1Seite),
10. Standorterklärung der Freisozialen Union, (2 Seiten),
11. Zum Collegium Humanum: Drei Leserbriefe und ein Schreiben von W.G. Haverbeck vom 10. 2. 95 (4 Seiten),
12. Umschlagseiten des Buches *OURO* von S. Fernandes (bezieht sich auf die Huckepackinformation S. 26 (1 Bl./ 1 S.),
13. Literaturliste der INWO mit Anschriften / Hinweis auf Versandabteilung DER DRITTE WEG (2 Seiten),
14. Rezension von Josef Hüwe zu: Dieter Suhr, Der Kapitalismus als Monetäres Syndrom Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie (2 Seiten).

Dichtung zeugt Nachdenklichkeit

Eine Stipvisisite in der Nachbarschaft. M. öffnet die Tür und sagt: „Komme rein. Ich telefoniere gerade.“ Auf dem Gabentisch ein Stapel Bücher. Ich greife ein Buch heraus. Es trägt den Titel „Ein Fisch mit Namen Fasch“. Ich schlage auf und habe die beiden unten wiedergegebenen Texte vor meinen Augen.

Die Aussage über unsere Voreltern ist klar und kann auch als Argument gegen rassistische Vorstellungen angewandt werden. Wir (ich als der Schreibende oder du, der Lesende) sind unmöglich das Produkt eines planenden Willens von 65536 Voreltern im 14. Jahrhundert. Wir (du oder ich) können unmöglich planen, was nach der dritten oder x-ten Generation für Nachfahren geboren werden. Die Bildung, die Vermischung, die Auflösungen und Herausbildung von neuen Rassen vollzieht sich in Zeiträumen, die der planende individueller Wille nicht beeinflussen kann. Ein Rassist - egal ob mit der Zielsetzung der Reinhaltung oder der Vermischung - kann als Diktator vielleicht einer Generation seine Wahnvorstellungen aufdrücken, wie ein anderer Diktator die Menschen für eine gewissen Zeit zwingen kann, rote Socken zu tragen. Sein rassistischer Einfluß schwindet mit seiner Macht, spätestens mit seinem Tode. Rassenfragen sind also Fragen der Götter oder der Evolution, also kein Thema über das sich die Menschen entzweien sollten. Etwas anders erscheint mir der Sachverhalt beim Erhalt oder bei der Vermischung der Kulturen, deren Unterschiede sich ja häufig in Anlehnung an Rassen herausgebildet haben. Das ist aber ein anderes Thema.

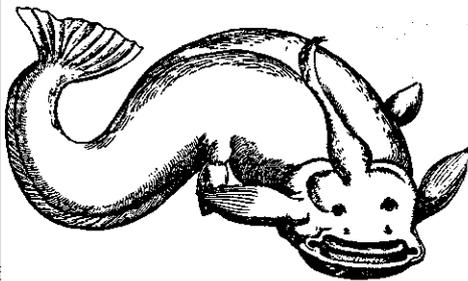
Während der Text „Unsere Voreltern“ eine beruhigende Wirkung auf mich ausübt, hat der gekonnte und kurze Text von Bertolt Brecht eine beunruhigende Wirkung: „Wäre ich nicht arm, wärst du nicht reich.“ „Die Aussage stimmt!“ „Die Aussage stimmt nicht!“ echot es seit zwei Tagen in meinem Kopf. Auf die Frage, wie der Brechtsche Text an Klarheit überboten werden könnte, finde ich keine Antwort.

Als Gruß für Freund und „Feind“ vom 1. Tag im neuen Jahr 1997

von Tristan Abromeit

Reicher Mann und armer Mann
standen da und sahn sich an.
Und der Arme sagte bleich:
»Wär ich nicht arm,
wärst du nicht reich.«

Bertolt Brecht



Ein Fisch mit Namen Fasch

und andere Gedichte und Geschichten
von Menschen und anderen Menschen
zusammengestellt von Elisabeth Borchers
insel taschenbuch

Unsere Voreltern

Jeder Mensch hat 2 Eltern, 4 Großeltern, 8 Urgroßeltern, 16 Urgroßeltern, 32 Voreltern in der fünften, 64 in der sechsten, 128 in der siebenten, 256 in der achten, 512 in der neunten, 1024 in der zehnten Generation. In der sechzehnten Generation hat jeder 65 536 Voreltern. Diese sechzehn Generationen nehmen einen Zeitraum von 500 Jahren ein. Unter den 65 536 Voreltern, die jeder der jetzt lebenden Menschen im 14. Jahrhundert hätte, befinden sich gewiß Personen aller Stände und Klassen, Arme und Reiche, Freiherren und Tagelöhner, Gelehrte und Ungelehrte. Es kennt natürlich kein Mensch, auch wenn der Stammbaum noch so sorgfältig in der Familie aufbewahrt wurde, alle seine Vorfahren. Es ist also kein Grund vorhanden, einen Unterschied zwischen den Menschen zu machen, indem man sich auf ihre Herkunft bezieht. Eines jeden Wert sollte man lediglich nach dem bemessen, was er selbst ist und leistet.

"Protokolle der Weisen von Zion" behauptet er, eine zentrale Weltkontrolle habe sowohl "die Bolschewisierung Rußlands" als auch die "Finanzierung und Installation des Nationalsozialismus in Deutschland" durchgesetzt.

Helmut Creutz und das Collegium Humanum

Das schon genannte Collegium Humanum, in dem die FSU 1973 ihren Bundesparteitag abhielt und in dem sich 1989 die *Unabhängigen Ökologen Deutschlands* (UÖD, rechte Abspaltung der ÖDP) gründeten, ist eine der bedeutendsten Schnittstellen zwischen ökorechten Gruppierungen wie der FSU und dem ganzen braunen "Spektrum". Hier treffen sich völkisch-religiöse Gruppen, reaktionäre Antroposophen und FreiwirtschaftlerInnen wie **Helmut Creutz**, GeschichtsrevisionistInnen und militante Neonazis - ein munterer Austausch der Braunzone zwischen Ökologie und Faschismus:
1984 traf sich hier das Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers, getarnt als Seminar über "Naturreligion"
1985 fand ein Symposium zu Ehren des ehemaligen Präsidenten der SS-Organisation Ahnenerbe, Hermann Wirth, hier statt
1990 traf sich hier der Arbeitskreis "Europas andere Religion" um die völkisch-religiöse Nazi-Ideologin Sigrid Hunke
1995 referierte der Schweizer Auschwitz-Leugner Bernhard Schaub über "Die Idee des Reiches in Geschichte und Religion"

Letztendlich

Es reicht nicht, wenn wir FreiwirtschaftlerInnen wie Helmut Creutz oder Georg Otto dort stehen und in Ruhe lassen, wo sie sich (derzeit) befinden: Im Abseits. Wer die freiwirtschaftliche Lehre Gessells als "exotisch" belächelt und toleriert stützt implizit auch ihre Verflechtungen in der rechtsextremistischen Landschaft und macht Ökofaschismus hoffähig. Wer nur selektiv ihre "anarchistischen" Inhalte wahrnimmt, etabliert damit auch ihren eugenischen und biologischen Unterbau.

Es ist ein langer Weg, bis Ökologie wieder Sache der politischen Linken wird. Doch der erste Schritt heißt immer:

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Notdürftig verpackter Faschismus

Zur Information über die Freiwirtschaft und ihre Vernetzung im rechtsextremistischen Lager

Am Dienstag, den 12.11. um 19.00 Uhr wird Helmut Creutz im Conti-Hochhaus, Raum II-203 einen Vortrag zur "*Liberalsozialen Alternative zur Bonner Krisenpolitik*" halten. Weitere Vorträge sollen (so sie nicht abgesagt oder verhindert werden) am Montag, den 18. und 25.11. um 19.30 im Haus der Jugend, Maschstr. 2 stattfinden. Aufgerufen wird dazu von einer "*Liberalsozialen Aktion*" des Parteimitglieds der Grünen, Georg Otto.

Helmut Creutz ist der wohl populärste deutsche Theoretiker der Freiwirtschaft und Funktionär der Freisozialen Union. Bei seinen Vorträgen wird er sich auf die Lehre des Begründers der Freiwirtschaft, Silvio Gesell, beziehen und einen "Dritten Weg" zwischen Kommunismus und Kapitalismus durch die Abschaffung von Zins und Bodenrenten propagieren.

Silvio Gesell - Eugenik und Biologismus

Was er dabei als längst überfälligen Weg in eine (unbestritten notwendige) gerechtere Wirtschaftsordnung verkauft, steckt jedoch voller Sozialdarwinismus, Eugenik, Biologismus und patriarchaler Herrschaftssicherung. Sein Lehrmeister Gesell beschreibt in seinem Hauptwerk "*Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*" (NWO) die Lösung von Umweltproblematik und Verteilungsgerechtigkeit in einem Umverteilungsmodell von den BürgerInnen hin zum Staat, auf das die GrundbesitzerInnen auch noch selbst eingehen sollen, weil ihnen der Boden zunächst abgekauft wird - das ganze nennt er dann Freiwirtschaft. Da ihnen aber niemand verrät, daß das ihnen dafür gegebene Freigeld nach und nach abgewertet wird, würden sie dadurch also letztendlich enteignet.

So peinlich die wirtschaftliche Dimension seiner Lehre sein mag, ihre gesellschaftspolitischen Inhalte sind nichts als notdürftig verpackter Faschismus: Die "De-generation" der Menschheit begründet Gesell in einer "*tausendjährigen Fehlzucht*" und strebt ein weiteres Jahrtausend eugenischer Hochzucht an ("*Wie bei allen Lebewesen, so hängt auch das Gedeihen des Menschen in erster Linie davon ab, daß die Auslese nach den Naturgesetzen sich vollzieht. Diese Gesetze aber wollen den Weistreit. Nur auf dem Wege des Wettbewerbes, der sich überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete abspielt, kann es zur förderlichen Entwicklung, zur Hochzucht kommen. [...] Dann darf man hoffen, daß mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden vom Geld und Vorrrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat.*" NWO, S. XV).

A 2

S 2

Frauen gesteht Gesell eine besondere Rolle in der Verbesserung des menschlichen Erbgutes zu: *"Wirtschaftliche Rücksichten könnten die Frauen nicht mehr brechen. [...] Bei der Gattenwahl würden die geistigen, körperlichen, die vererbungsfähigen Vorzüge statt des Geldsackes den Ausschlag geben. So kämen die Frauen wieder zu ihrem Wahlrecht, und zwar nicht zum wesentlichen politischen Wahlrecht, sondern zum großen Zuchtwahlrecht"*, NWO, S. 93.

Neo-FreiwirtschaftlerInnen wie Creutz verstehen es prächtig, Gesell vom Vorwurf des Faschismus freizusprechen, da seine Eugenik ja keine nationale Schranken kennt. Durch derart selektive und verdrehte Argumentationen fassen FreiwirtschaftlerInnen jedoch auch vermehrt Fuß in linken Strukturen. So ist 1989 im anarchistischen Karin Kramer Verlag das Buch *"Silvio Gesell - > Marx < der Anarchisten"* erschienen, in dem Günter Bartsch in einem Essay einen peinlichen und mehr als bedenklichen Versuch unternimmt, Gesell gegen Faschismus abzugrenzen: *"Entscheidend für die natürliche Auslese ist die freie Liebeswahl der Frauen. Hochzucht hängt bei Gesell nicht von Rassenhygiene oder gar von der Ausmerzung artfremder Elemente ab, sondern hauptsächlich von der freien Frau. Er ist kein Faschist, sondern ein Feminist. [...] Zur freien Liebeswahl der Frauen soll der freie Wettbewerb unter Männern und darüber hinaus aller treten. Wenn sich diese beiden Kräfte der natürlichen Auslese innerhalb der menschlichen Gesellschaft aufeinander einschwingen, platzen die Eiterbeulen, die größten Probleme - Staat, Klerus, Überbevölkerung, Krieg."* Nach dem Motto: "Eine Eugenik, die AnarchistInnen züchtet, ist eine gute Eugenik", vom biologischen Frauenbild ganz zu schweigen.

Helmut Creutz und die Freisoziale Union

Die Freisoziale Union (FSU) entstand 1950 aus den Resten verschiedener in der Weimarer Republik zeitweise sehr starken freiwirtschaftlichen Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums. Sie pflegte gute Beziehungen zur Deutsch-Sozialen Union (DSU) des Nationalsozialisten Otto Strasser und sog unter der Präsidentschaft des Ex-NSDAP-Mitglied Wilhelm Radecke viele Mitglieder der 1952 verbotenen neofaschistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) auf. Darunter befand sich auch der spätere FSU-Generalsekretär (bis 1982) Ferdinand Böttcher, der sich in den siebziger Jahren zum Landesvorsitzenden des WSL (Weltbund zum Schutze des Lebens) hochdiente. Der WSL verbreitet in seiner zusammen mit dem faschistischen Zentrum *Collegium Humanum* in Vlotho/Weser herausgegebenen Verbandszeitschrift *"Lebensschutzzinformationen"* (LSI) regelmäßig antisemitische und rassistische Hetze, stellt "Gastarbeiter als ökologisches Problem" (LSI 1980) dar und betreibt latenten Revisionismus von Naziverbrechen. Seither wurden die Verknüpfungen zwischen FSU und WSL immer enger: Es gab drei Bundestagskandidaturen von WSL-Funktionären auf FSU-Listen und im Gegenzug Vorträge von Freiwirtschaftlern, u.a. von **Helmut Creutz**, beim Collegium Humanum. Das Hauptwerk von Creutz, *"Das Geldsyndrom"*, erschien bezeichnenderweise im Langen/Müller-Verlag des Nationalkonservativen Herbert Fleissner.

Georg Otto und die LebensreformerInnen

Auch **Georg Otto**, der zu der Creutz-Veranstaltung aufruft, hat eine dunkle Vergangenheit in der FSU. Mit ihm und seinem 1956 gegründeten *"Bund freisozialer Lebensreformer"* bekam die Partei ihren ökologisch-lebensreformerischen Flügel, mit dem sich die ökorechte Ausrichtung der FSU manifestierte. 1969 kandidierte Otto für die FSU für den Bundestag, war danach Mitglied der SPD und gründete 1978 die *"Grüne Liste Umweltschutz"*. Inzwischen versucht er die Etablierung seiner freiwirtschaftlichen Phrasen mit dem belächelten *"Liberalsozialen Arbeitskreis Dritter Weg"* der Grünen und der Bürgerinitiative *"Aktion Arbeit, Gesundheit, Umwelt, Frieden"*, und er gibt die freiwirtschaftliche Zeitung *"Alternative 2000"* heraus, in der auch rassistische Hetzer wie Reiner Bischoff zu Wort kommen: *"Das Volk als biologisch-gesellschaftliches System hat sich meist im Laufe von Jahrtausenden entwickelt und ist hochempfindlich. Wenn man in dasselbe einfach fremde Volksteile hineinverpflanzt, löst man tiefgreifende Störungen aus."*, schreibt Bischoff in seiner Broschüre *"Geld und Asyl. Zum geldlich-weltanschaulichen Hintergrund des Asylproblems"* von 1994.

Georg Otto stand in der Woche vom 4.-8.11. im Foyer der Hauptmensa und verteilte bzw. veräußerte freiwirtschaftliche Publikationen. Auf einem Handzettel mit der schönen Überschrift *"Nie wieder 1933"* (zur Massenverbreitung zu ordern bei seiner Hausanschrift in Eberholzen) macht er, sei es naiv oder bewußt revisionistisch, die Arbeitslosen der Weimarer Republik für die Machtübergabe an die Nazis verantwortlich. Machtinteressen der Nazis, eine Verankerung faschistischer Ideologie bei Nicht-Arbeitslosen oder gar eine Verwissenschaftlichung des Faschismus (in die ja auch die Gesell'sche Lehre einflöß) gab es anscheinend nicht.

Literatur für den "Dritten Weg"

Das Parteiorgan der FSU ist die seit 1970 erscheinende Monatszeitschrift *"Der Dritte Weg"*, die ihre Artikel u.a. mit antisemitischen Zeitschriften wie *"Gesamtdenkische Werke"* und *"Diagnosen"* austauscht. Das Buch *"So wurde Hitler finanziert"* von Eckehard Franke-Griksch, des Herausgebers der "Diagnosen", wurde von der FSU empfohlen. Franke-Griksch behauptet in dem antisemitischen Buch, das Naziregime wäre vor allem durch amerikanische Juden gestützt worden. Noch immer auf der Bestellliste der FSU ist das oben genannte *"Geld und Asyl"* von Reiner Bischoff und Eckehard Grimmel, in dem eine Bevölkerungspolitik vernaturwissenschaftlich und ökologisiert wird, und das auszugswise auch in der neurechten Publikation *"Mut"* zu finden ist.

Letztlich findet sich auch das Buch *"Untergang eines Mythos"* des antisemitischen und deutschnationalistischen Freiwirtschaftlers Yoshito Otani, der die Weltgeschichte der letzten 400 Jahre nur noch durch große (jüdische) Bankhäuser gesteuert sieht. Unter Berufung auf Henning Eichberg, Gary Allen und die antisemitische Fälschung

Faschismusvorwürfe -

Gedächtnisprotokoll zu den Vorgängen bei der Veranstaltung am
12. Nov. 1996 in Hannover

Durch Georg Otto organisiert, hatte die INWO-D (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung) und die LSA (Liberalsoziale Aktion) zu einem Abendvortrag eingeladen. Der Vortrag fand statt in einem Hörsaal der Juristischen Fakultät der Uni Hannover am Königsworther Platz (2. OG, Raum 23). Georg Otto hatte diesen Raum von der Uni-Verwaltung angemietet, der Beginn war auf 19.00 Uhr festgesetzt. Thema des Abends: *"Wege aus der Zins- und Schuldenfalle, aus Arbeitslosigkeit und Verarmung vieler - bei steigendem Reichtum weniger"*. Als Referent war ich eingeladen, vorgestellt als Wirtschaftspublizist aus Aachen.

Kurz nach dem Eintreffen der ersten Zuhörer kamen gegen 18.45 Uhr etwa 10 Leute zielbewußt in den Raum marschiert, durchweg schwarz gekleidet und teilweise mit Kapuzen über den Kopf. Sie sammelten alles von Georg Otto auf Tischen ausgelegte Infomaterial ein, legten stattdessen ein eigenes Flugblatt aus mit dem Titel *"Notdürftig verpackter Faschismus"*, überklebten einige aufgehängte Kirchentagsplakate mit ihren Flugblättern und hängten anschließend auf der Kopfwand des Raumes, hinter dem Vortragstisch, ein groß beschriftetes Bettlaken auf mit dem Text: *"Diese Veranstaltung fällt aus! Kein Forum für Ökofaschisten!"* Die mehrfachen Aufforderungen von Georg Otto, das Tun einzustellen, den alten Zustand herzustellen und den Raum zu verlassen, blieben ohne Reaktion.

Nach den beschriebenen Aktionen gingen die Störer auf den Flur und sperrten praktisch den Zugang zum Hörsaal ab. Soweit noch Besucher zu dem Flur hinfanden (die Störer hatten alle Plakate und Hinweisschilder zum Veranstaltungsraum vor und im Hause abgenommen), wurden sie im Flur aufgehaiten, mit Flugblättern bedrängt und in Gesprächen über die angeblich faschistischen Veranstalter und Redner "aufgeklärt".

Trotz der Behinderungen fanden noch etwa 20 bis 25 Zuhörer in den Hörsaal. Als wir mit dem Vortrag beginnen wollten, kam etwa die Hälfte der Störer in den Raum zurück und blockierte den Vortragstisch. Sprechversuche wurden lautstark übertönt, der Overheadprojektor immer wieder ausgeschaltet bzw. der Stecker herausgezogen. Auch unser Angebot, doch dem Vortrag zuzuhören und danach gemeinsam zu diskutieren, fand keine Reaktion.

Da einer irgendwie das Wort "Demokratie" benutzte, nahm ich das zum Anlaß, die im Raum Anwesenden darüber abstimmen zu lassen, nach welchem Modus man verfahren solle. Alle anwesenden Zuhörer waren für das Vorziehen des Vortrags. Aber auch das machte keinen Eindruck. Vielmehr befanden die Störer, daß es hier um Höheres ginge, nämlich um die Vermeidung eines neuen Faschismus, und darüber könne man nicht demokratisch abstimmen. Auch mein Hinweis, selbst noch erlebt zu haben, daß mit genau denselben Argumenten und Methoden die Nazis die Meinung anderer ausgeschaltet und Veranstaltungen verhindert hätten, blieb wirkungslos. Und auf meine Frage, wer denn einmal einen Aufsatz oder eines meiner Bücher gelesen habe, bekam ich zu hören, daß man das nicht zu lesen brauche, man wüßte auch so Bescheid.

Nach nochmaliger vergeblicher Aufforderung die Behinderungen aufzugeben, verständigte Georg Otto den Hausmeister, der seinerseits die Polizei anrief. Mit den ersten Polizisten bzw. Polizistinnen tauchte dann überraschend der

Dekan der juristischen Fakultät auf, der zufällig im Hause war und von der Störung der Veranstaltung erfahren hatte.

Der Dekan erkundigte sich nach Veranstalter und Genehmigung und versuchte dann ebenfalls, die Störer zum Verlassen des Raumes oder zum Hinsetzen und Zuhören zu veranlassen. Statt dessen redeten die Störer auch auf ihn ein bzw. versuchten mit ihm zu diskutieren. Der Dekan räumte den Störern entgegenkommend ein, daß man sicher über die Veranstalter und ihr Programm verschiedener Meinung sein könne. Im übrigen kenne er unsere Ziele bzw. Vorschläge durch Frau Kennedy und halte sie persönlich für Unsinn. Trotzdem hätten wir das Recht die Veranstaltung durchzuführen.

Zwischendurch erkundigte sich der Dekan auch einmal kurz nach der Herkunft bzw. dem Hintergrund der Störer. Sie bezogen sich daraufhin auf den ASTA der Uni Hannover, der auch als Herausgeber des Flugblattes genannt war. Auf die Frage, wer von ihnen denn Student sei, hob - soweit ich sehen konnte - jedoch niemand die Hand.

Nach weiteren vergeblichen Versuchen forderte der Dekan die Störer schließlich zum letzten Mal zum Verlassen des Raumes auf, andernfalls er sie durch die Polizei entfernen lassen müßte. Da die Zahl der Beamten und Beamtinnen inzwischen auf fünf bis sechs angewachsen war, zogen die Störer, begleitet von der Polizei, schließlich ab.

Der Vortrag begann dann mit einer halbstündigen Verspätung gegen 19.30 Uhr und lief programmgemäß ab. Nach Ende der Sachdiskussion wurde dann auch das verteilte ASTA-Flugblatt angesprochen. Da die meisten es jedoch noch nicht gelesen hatten, vor allem Georg Otto und ich selbst noch nicht, konnten die gemachten Anwürfe nicht ausreichend geklärt werden. Das soll jedoch in den beiden Anschlußveranstaltungen geschehen, die Georg Otto für Montag den 18. und 25. November im Haus der Jugend in Hannover bereits eingeplant hatte.

Aufgrund der Geschehnisse will Georg Otto außerdem den ASTA ansprechen, um die Diskussion vielleicht in einem größeren Rahmen, möglichst auch unter Einbezug des Dekans der juristischen Fakultät, fortzusetzen.

Aachen, den 17. Nov. 1996

PS:

Das von den Störern verteilte und vom ASTA Hannover herausgegebene Flugblatt, mit der Überschrift *"Notdürftig verpackter Faschismus - Zur Information über die Freiwirtschaft und ihre Vernetzung im rechtsextremistischen Lager"*, kann bei mir bezogen werden.

Nähere Anmerkungen zu dem Flugblatt "Notdürftig verpackter Faschismus" und den darin geäußerten Verdächtigungen:

Das Flugblatt enthält vor allem Angriffe gegen Georg Otto und mich und ist durch fünf Zwischenüberschriften unterteilt:

- o *Sivio Gesell - Eugenik und Bilogismus*
- o *Helmut Creutz und die Freisoziale Union*
- o *Georg Otto und die LebensreformerInnen*
- o *Literatur für den "Dritten Weg"*
- o *Helmut Creutz und das Collegium Humanum*

Im Text werden Georg Otto und ich nach der bekannten Kontaktmethode mit allen Tricks in die rechtsextreme Ecke gerückt, z.T. mit völlig falschen Behauptungen.

So bezeichnet man mich z.B. bereits in den einleitenden Sätzen als *"Funktionär der Freisozialen Union"*, obwohl ich dort nie Mitglied oder in irgendeiner anderen Weise tätig war.

Im Abschnitt, *"Gesell - Eugenik und Biologismus"*, heißt es bezogen auf meine Vorträge: *"Was er dabeiverkauft, steckt....voller Sozialdarwinismus, Eugenik, Biologismus und patriarchaler Herrschaftssicherung."* Dabei weiß jeder, der schon einmal einen Vortrag von mir gehört oder mein Buch gelesen hat, daß ich mich mit solchen Themen überhaupt nicht befasse, sondern fast ausschließlich mit wirtschafts- und geldbezogenen Analysen der Nachkriegsentwicklungen.

Im Abschnitt *"Helmut Creutz und die Freisoziale Union"* wird auf eine angebliche Verknüpfungen zwischen FSU und WSL (Weltbund zum Schutze des Lebens) hingewiesen, die seit 1980 immer enger geworden wären. Weiter heißt es dort, daß WSL-Funktionäre bei Wahlen für die FSU antraten und *"im Gegenzug Vorträge von Freiwirtschaftlern, u.a. von Helmut Creutz, beim Collegium Humanum"* durchgeführt wurden. Und in dem Abschnitt über *"Helmut Creutz und das Collegium Humanum"* heißt es: *"Hier treffen sich völkisch-religiöse Gruppen, reaktionäre AntroposophInnen und FreiwirtschaftlerInnen wie Helmut Creutz, GeschichtsrevisionsistInnen und militante Neonazis - ein munterer Austausch der Braunzone zwischen Ökologie und Faschismus."*

Tatsache ist, daß ich in der ersten Hälfte der 80er Jahre dreimal in dieser staatlich geförderten Heimvolkshochschule gewesen bin und dort vorgetragen habe, m.E. zweimal bei einer Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft und einmal als Referent bei einer Veranstaltung des Hauses zum Thema Wirtschaft und Geld. Irgendwelchen Neonazi-Organisationen oder dergleichen bin ich dabei niemals begegnet.

Im übrigen kann man mich nur verantwortlich machen für das was ich bei meinen inzwischen fast 500 Veranstaltungen sage, nicht aber für das, was in diesen Veranstaltungsorten sonst geschieht oder wer sonst dort verkehrt. Da sich aber aus meinen Vorträgen und Veröffentlichungen offensichtlich nichts gegen mich konstruieren läßt, greift man mich mit fragwürdigen Verdächtigungen um drei Ecken an, bzw. man benutzt jene Kontaktketten-Methode, mit der man unter Hitler und Stalin Zehntausende in die KZ's bzw. Gulags gebracht hat. Und ausgerechnet diese Leute haben dann noch den Mut, sich als Antifaschisten zu bezeichnen!

Auch die in dem Flugblatt gemachte Randbemerkung, daß mein Buch *"Das Geldsyndrom"* *"bezeichnenderweise im Langen/Müller-Verlag des Nationalkonservativen Herbert Fleissner"* erschienen ist, ist ein solcher Versuch des Rufmords, ohne sich mit dem Buchinhalt auseinandersetzen zu müssen.

Tatbestand ist, daß in dem *"Wirtschaftsverlag Langen/Müller-Herbig"* wirtschaftsbezogene Sachbücher erscheinen und der genannte Herr Fleissner (von dessen Existenz ich erst nach der Veröffentlichung meines Buches etwas erfuhr) Hauptaktionär eines Imperiums von mehr als 30 Verlagen ist, von denen zwei national gefärbte bzw. Kriegsliteratur veröffentlichen. Dies den über tausend Autoren aller übrigen Verlage der Fleissnergruppe anzulasten, bzw. daraus Rückschlüsse auf deren Gesinnung zu ziehen, kommt nicht nur einer Massenverdächtigung faschistisch-orwellischer Größenordnung gleich, sondern ist auch eine Beleidigung für Autoren wie Willy Brandt, Norbert Blüm, Ephraim Kishon und viele andere, deren Bücher ebenfalls in Verlagen der Fleissnergruppe erschienen sind.

Rote Karte für den Bundesvorstand von Bündnis 90 Die Grünen

**Die Planung des Strategiekongresses in Hannover am 12./13. Oktober 1996
unter dem Titel
Perspektiven grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik
ist eine politische Fehlleistung oder
ein Meisterwerk der Manipulation!**

Hallo ParteifreundInnen!

(Ich meine auch jene, die sich wie Feinde gebärden, und jene, die ihren wölfischen Machthunger mit einem ideologischen Schafspelz tarnen.)

Der Titel und die ergänzende Anrede dieses Infos könnte nach einem Motto von Karlheinz Deschner formuliert sein. Es heißt:

„Tritt den Leuten nicht auf die Füße, wenn du sie vor den Kopf stoßen kannst.“¹⁾

Deschner will wohl sagen: Vermeide die Feigheit im Protest; wähle die wirksamste Form, auch wenn sie keinen Lorbeerkrantz einbringt. Ich melde hier nicht Widerspruch an aus der Lust am Protest. Ich muß mich sozusagen selbst zum Widerstand zwingen. Ich kann leider nicht davon ausgehen, daß die Mehrheiten in den bündnis-grünen Gremien weise geworden sind, die Aufklärung innerhalb und außerhalb der Partei für dringlicher halten als den Machtzuwachs. Die Kraft der Auflehnung gegen linkisch-grüne Machtgelüste und Problemverschleierungen ist bei mir z.Zt. noch größer als der Sog der Resignation. Eine Frage aus dem Jahr 1975:

***Dem Heil der Welt habe ich mich verschrieben.
Diene ich dadurch der Hölle?***

Bei der ganzen Fehlentwicklung, die ich in der grünen Partei sehe, die schon bald nach der Gründung einsetzte und deren verheerende Wirkung auf Mensch und Natur in Europa und anderswo gar nicht unterschätzt werden kann, müßte es doch möglich sein, Haß als Energiequelle zum Gegensteuern zu entwickeln. Mir will das nicht gelingen. Das Maximum an emotionaler Rache besteht in folgenden Charakterisierungen: Joschka Fischer ist nach Helmut Kohl Deutschlands größter politischer Volksschauspieler. Er ist sozusagen die Rendite für die aufopfernde Aufbauarbeit der Partei, besonders jener, die rausgegruhlt oder in die Resignation getrieben wurden. Jürgen Trittin ist der große sozialistisch-ideologische Steptänzer, der mit seinen gekonnten Rhythmen auf hartem Parkett die grünen Frauen davon ablenkt, über die wirklichen Ursachen der Unterdrückung der Frauen zu forschen. Helmut Lippelt spielt die undankbare Rolle des Judas. Er hat nachhaltig das neue Denken in der Politik, die Sprengung des Links-Rechts-Schemas, verraten. Es ging nicht um Silberlinge, sondern um Machterhalt und -Zuwachs der Partei (sicher auch aus persönlicher Abneigung gegen die FDP). Mir scheint aber, er hat vergessen, wozu die Partei eigentlich Macht haben sollte. (Dies mag den einen oder anderen zu hart oder milde geurteilt sein. Das Urteil ist aber nicht lieblos gemeint, denn ich fälle es in brüderlicher Zuneigung.)

Nach Jürgen Trittin sind die Grünen jene „Volkspartei, die die treibende Kraft für ökologische Reformen und soziale Gerechtigkeit“ darstellen. (HAZ vom 10. 10. 96). Dieser Satz ist eine Lüge. Die Realität lehrt, daß bis heute für „treibende“ der Begriff „bremsende“ steht. Ob es nach diesem Kongreß auch noch gilt, daß weiß ich nicht. Gibt es eine Hoffnung?

1) Ich fand den Spruch in *espero*, Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, Nr. 8 vom Sept. 1996, Herausgeber Uwe Timm, Wulmstorfer Moor 34 b, 21629 neu Wulmstorf

Kritik und Rückblende in Schlagworten

1. Vorbemerkungen

1.1 Die Personen, die im Umfeld oder Themenzusammenhang des Strategiekongresses auftreten oder benannt werden, können wir durchaus als ehrliche, anständige, tüchtige, kluge und gebildete Menschen bezeichnen. Kritiker, die vom Gegenteil ausgehen, werden es schwer haben, zu beweisen, daß sie zu den besseren Menschen gehören.

1.2 Die Menschen, die im Umfeld von Wirtschaft und Gesellschaft denken und handeln, haben unterschiedlich entstandene und geprägte Bilder und Denkmuster im Kopf, die durch Abstimmungssiege oder gar geistigen Terror nicht umgeprägt werden können. Soweit ich informiert bin, hatten „erfolgreiche“ Versuche, mittels einer Gehirnwäsche die Inhalte von Menschen zu ändern, die Zerstörung der Persönlichkeit zur Folge. Neue gemeinsame Bilder und Denkfiguren, die für ein gemeinsames Handeln erforderlich sind, entstehen aber eher in einem entspannten Klima und in konkreten Arbeitsabläufen als in auf Sieg und Niederlagen angelegten politischen Debatten. Was wir als Uneinsichtigkeit des Gegners erleben, ist die mit ihm geteilte Unmöglichkeit, sozusagen mit einem Mausclick bisher im Kopf Gespeichertes einfach zu löschen.

2. Vertrauenswerbung

Wer in einer sozialökonomisch verfahrenen Situation klärende Kongresse durchführen will, die mehr als ein Stimmenfangmanöver sein sollen, muß erst einmal beweisen, daß er vertrauenswürdig ist, daß er die Teilnehmer nicht linken will, worin die Linken meisterhaft sind. (Um Vertrauen werben müssen die Bündnisgrünen besonders, weil sie aufgrund ihres überhöhten moralischen Anspruchs in der Gründerzeit - nämlich bessere Menschen zu sein - der von ihnen mitgetragene Verfassungsverbruch nach der Vereinigung von DDR und BRD, nämlich die Verweigerung der Verfassungsgebung durch das Volk, besonders schwer wiegt. Aus diesem Grunde und wegen der sozialökonomischen Fehlleistungen haben die politisch handelnden Generationen von Helmut Kohl bis Joschka Fischer sowieso jedes Recht verloren, mit dem moralischen Zeigefinger auf die Generationen zu zeigen, die Hitler ermöglicht und erduldet haben.) Vordergründig erfüllt der Reader *Perspektiven grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik* die Aufgaben einer vertrauenweckenden Maßnahme. Mit den veröffentlichten Beiträgen kann man arbeiten, auch wenn sich die Autoren bei Kenntnis der Freiwirtschaftsschule hätten steigern können. Die Aufmachung ist auch gekonnt und freundlich. Und doch wird bei genauerer Betrachtung deutlich, daß höchstes Mißtrauen angebracht ist. Es ist die Art der Selektion der Artikelschreiber und Referenten. So wie Jutta Dittfurth es als Vorstandsmitglied nicht lassen konnte, die Grünen in aller Welt als eine marxistische Partei darzustellen, so kann es Jürgen Trittin nicht lassen, die Grünen auf einem sozialdemokratisch-sozialistischen Brett festzunageln. Dagegen wäre dann nichts zu sagen, wenn die Bundesdelegiertenkonferenz mit allen Konsequenzen

beschließt, daß die Bündnisgrünen eine sozialistische Partei darstellen. Wenn die Bündnisgrünen das nicht wollen, müssen sie dafür sorgen, daß es mit den politischen Mausecheln ein Ende hat.

3. Die erste Gründungsgruppe der grünen Partei waren Leute, die sich an der Freiwirtschaftsschule orientierten. Sie waren zahlenmäßig gering, hatten aber inhaltlich ein besonderes Gewicht. Hier war von Anfang an klar: Fragen des Friedens, des Wohlstandes, der Ökologie und Ökonomie hängen eng zusammen. Wenn der Wille da wäre, einen wirklichen Ausweg aus unserer mißlichen Lage zu finden, dann wäre wenigstens ein Vertreter dieser Schule als Referent geladen worden, sei es:

- Helmut Creutz (*Das Geldsyndrom*),
- Hermann Benjes (Wer hat Angst vor Silvio Gesell?)
- Eckhard Grimmel (*Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde*),
- Margrit Kennedy (*Geld ohne Zinsen und Inflation*),
- Bernd Senf (*Der Nebel um das Geld*).

Es geht dabei nicht um Glaubensfragen, sondern um überprüfbare Fakten, deren Wesen einem aber verschlossen bleiben, wenn sie nur durch eine ideologisch gefärbte Brille betrachtet werden.

4. Die Wirtschaftswissenschaft, die keine Wissenschaft ist oder eine solche wie die Theologie. Es geht hier nicht um eine Diffamierung. Ich bewundere das umfangreiche Wissen und die enorme Schreibproduktivität dieser Menschen. Da aber dieses Jahrhundert ein solches der laufenden Niederlagen der Wirtschaftswissenschaft ist, ist der Hinweis im Reader auf die externen Experten Humbug. Die reale Ökonomie und die Wirtschaftspolitik wurden geprägt von dem, was in den Hochschulen geforscht und gelehrt wurde. Trotzdem ist es nicht gerechtfertigt, einfach von der Wirtschaftswissenschaft zu sprechen wie von der Schulmedizin. Es gibt verschiedene Schulen, die miteinander konkurrieren. Mir kommen die Auseinandersetzungen aber wie Glaubenskriege vor. Ein anderes Bild zur Verdeutlichung der Situation: Mir scheint der Streit der Experten häufig soweit an der Sache vorbei zu gehen wie der Streit von Maschinenbauern, die sich sich darüber streiten, ob eine bestimmte Schraube ein Schlitz-, Kreuzschlitz oder Inbus-Schraube sein soll. Für die Funktion der Schraube sind diese Eigenschaften völlig unbedeutend. Da Berufsökonomien in der Regel die besten personalen und auch die organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Forschung haben und doch keine brauchbaren Ergebnisse zustande bringen, muß ein anderer Mangel herrschen. Es kann am Selektionssystem liegen. Ich tippe mehr auf die Struktur von Forschung und Lehre. Ein Mensch, der Ökonomie lehrt, ohne daß die Brauchbarkeit seiner Lehren einen Einfluß auf sein Einkommen hat, ist ein ökonomischer Witz. Mit der Vereinigung hätte man nicht nur die DDR-Wirtschaftswissenschaftler abwickeln sollen, sondern auch jene aus der BRD. Das wäre eine angemessene Ausgangslage zur Besinnung für alle Beteiligten gewesen.

5. Die BAG Wirtschaft und Finanzen

Zugegeben, die BAG W & F ist nicht eine Institution, die mich vor Begeisterung vom Hocker reißt. Das liegt aber auch in mir begründet. Es ist aber ein Unding, wenn ein Bundeskongreß zur Ökonomie durchgeführt wird, die Facharbeitsgruppe Ökonomie auszuschalten. (Dies habe ich dem Schreiben der BAG W&F vom 30. 6. 96 an den Bundesvorstand entnommen.) Wenn der Bundesvorstand die Mitglieder der BAG Wirtschaft für inkompetent hält, dann muß er das auch laut sagen, damit das überprüft und auf einer folgenden BDK Abhilfe geschaffen werden kann.

6. Bündnispartner

Wo Parteien herrschen, kann es keine Autonomie der Bürger geben. Parteien werden zur Durchsetzung von Idealen oder politischen Zielen gegründet, vergessen diese aber mit zunehmendem Alter, weil dann Machterhaltung und -Ausweitung in den Vordergrund drängen. Es gibt eine Krankheit, die den Menschen vor-schnell altern läßt; mir scheint, die Grünen sind davon befallen. Die Mitglieder der SPD sind genauso ehrenwert wie die der CDU, der FDP oder der Bündnisgrünen. Aber was glauben grüne Strategen mit der Sozialdemokratie bewirken zu können? Die Sozialdemokratie hat mit ihrer an Marx geschulten ökonomischen Unfähigkeit erst ihren Henker Hitler ermöglicht. Die Sozialdemokratie hat in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein zweites Mal Schiffbruch erlitten, weil sie sich an einem problematischen Teil von Keynes Lehren klammerte, nämlich jenen, in dem dieser glaubte, seinen Vordermann Gesell überholen zu können, und in die Irre ging. Es war die Staatsfixiertheit, die die SPD auf diesen problematischen Weg schickte. Die SPD vergaß aber um der Machterhaltung willen schnell das Wissen um die Notwendigkeit einer Bodenrechtsreform, das noch von der Bodenreformbewegung um die Jahrhundertwende in ihr verankert war. Ihre pazifistische Ader versiegte auch jedesmal, wenn es um Arbeitsplatzbeschaffung und Wählerstimmen ging. Ernst Gottfried Mahrenholz, ehemals Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes urteilt: „Meine SPD, der ich seit 45 Jahren angehöre, ist konzeptlos. Die Regierung aber auch. Dabei haben wir heute das gleiche Problem mit den Arbeitslosen wie 1848, als das kommunistische Manifest entstand.“ (HAZ, 19. 8. 96) Wollen nun die Bündnisgrünen bei der SPD den blinden Blindenführer spielen? Vielleicht hoffen sie auch auf einen starken Gerhard

Schröder, der die Inhalte für die Grünen dann gleich mitliefert. Aber versteht Schröder etwas von der Wirtschaft? Erkennen kann ich das nicht. Herauszulesen aus den Berichten über seine Äußerungen zur Wirtschaft ist, daß er die Bedingungen der Industriebetriebe im Kapitalismus verstanden hat. Nehme ich seine Verkaufsabsichten der Harzer Wasserwerke als Beurteilungskriterium, dann komme ich zum Schluß: Von der Marktwirtschaft hat er wenig Ahnung.

7. Links und sozialistisch

In Meyers kleines Konversations-Lexikon von 1892 steht: „Linke (linke Seite), im Parlament die Oppositionspartei im Gegensatz zur Regierungspartei oder der Rechten, überhaupt die liberale Partei im Gegensatz zur konservativen.“

Also, ursprünglich waren die Liberalen die Linken und nicht die Sozialisten. Aber haben die Sozialisten nicht wirksamer an der Sabotage ihrer eigenen Ideale gearbeitet als die Liberalen? Die Liberalen haben ihrer eigenen Demontage die Krone aufgesetzt, als sie einen ehemaligen Geheimdienstchef zum Vorsitzenden wählten. Das ist so, als vertraue man einer Puffmutter ein Mädchenpensionat an. (Der Beruf als Puffmutter scheint mir aber ehrenwerter zu sein, als der des Geheimdienstchefs.) „Links“ und „Sozialistisch“ sind sozusagen Joker in der Begriffswelt des Bösen geworden, die Alpträume Kuba, Nord-Korea und China fördern noch diese Funktion. Nun kann man wie die Christen sagen: Mich stört nicht das Böse, was im Namen meiner Ideen angerichtet worden ist. Es gilt das Positive, was ich heute will. Aber ist es klug von einer Partei, diese Differenzierungsarbeit ihren Wählern abzuverlangen, die garantiert keine SED-Herrschaft und keinen Sowjetstaat wollen? Ist es da nicht besser, alte, tragfähige Werte in neue Begriffsformen zu gießen? In der Gründungszeit stand die grüne Partei dem freien Sozialisten Pierre-Joseph Proudhon sowieso näher als seinem Widersacher Karl Marx, weil Dezentralität, Föderalismus und Parlamente der Betroffenen einen hohen Stellenwert hatten. Es ist keine Abwertung von Karl Marx, wenn man von einem ernstzunehmenden Sozialisten erwartet, daß er am Ende dieses Jahrhunderts seinen staats-zentralistischen Sozialismus, der Abermillionen das Leben und das Glück gekostet hat, ausgeschwitzt hat wie eine Erkältung. Die heutige politische Entscheidungsschlacht geht nicht um LINKS und RECHTS, sondern um die Realisierung weiterer Zwangsbeglückungsphantasien mittels staatlicher Zentralismen einerseits und um die Realisierung der Autonomieansprüche von Individuen und Gruppen in einer dezentralen und föderativen Ordnung andererseits. Es gilt also, die mit der Existenz des Menschen verbundenen Freiheitsansprüche gegen Linke, Rechte und „Mittelmäßige“ durchzusetzen.

8. Marktwirtschaft und Kapitalismus

Der vorhandene fruchtlose Streit und die trostlose Aussichtslosigkeit, aus der jetzigen Situation herauszukom-

men, ist auch dadurch entstanden, daß die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus in unheiliger Allianz zwischen Linken und Rechten als Synonyme verwendet werden. Jeder, der aus Erfahrung oder Überzeugung die Marktwirtschaft verteidigt, wird somit zum Verteidiger des Kapitalismus. Jeder, der in den Rachen des Kapitalismus geschaut hat, bekämpft daher auch die Marktwirtschaft. Das ist idiotisch, aber bequem, weil es das Nachdenken erspart. Darum sei auch an dieser Stelle gesagt:

Die Marktwirtschaft ist ein Kooperations- und Koordinationssystem, das ohne zentralistische Vorgaben auskommt. In der einfachsten Form kann man es ein Naturprodukt nennen, in den höher entwickelten Formen ist es ein hochkompliziertes System, das einfach anzuwenden, aber an Systemvoraussetzungen gebunden ist. Für ein zentralistisches Wirtschaftssystem ist das Hauptwesensmerkmal der Befehl und die Unterordnung, für die Markt- oder Verkehrswirtschaft ist es die Einigung und der Vertrag. Steuerungsinstrumente sind der Wettbewerb und die Preise.

Der Kapitalismus ist dagegen die Möglichkeit, auf Grund von natürlichen und künstlichen Monopolen arbeitsloses Einkommen (Rendite) zu erzielen und, soweit dieses nicht ausreichend erscheint, durch Krisen eine Situation herzustellen, in der die Rendite wieder „stimmig“ ist. Die Konzentrationsprozesse mit Ausschaltung des Wettbewerbs sind dem Kapitalismus immanent, nicht der Marktwirtschaft.

Da die marxistische Analyse der Entstehung des Kapitalismus falsch war bzw. ist, kann ein zentralistischer Sozialismus auch nicht den Kapitalismus überwinden, sondern ihn nur von einem Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus transformieren.

9. Staatsschulden

Paul Rieckmann sagt in seinem Beitrag „Zu den Schulden des Staates ... im Reader: „Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang von Marktwirtschaft und Staatsverschuldung.“ Das ist unter der Bedingung richtig, daß die Keynesche Liquiditätsfalle mit den Gesellschen Mitteln am Zuspinnen gehindert wird.

Die Finanzierung der Staatsausgaben aus Steuereinnahmen (und hier aus Einnahmen von direkten Steuern) und nicht aus Krediten, die der Staat aufnimmt, ist wichtig, um durch direkte Rückkopplung an die privaten Kassen die Begehrlichkeit der Bürger und die Großmannssucht der PolitikerInnen zu bremsen. Es gilt aber auch, den nachrückenden Generationen die finanzielle Gestaltungsfreiheit zu erhalten. Es ist unerträglich, wenn wir aufgrund unserer Verschwendungssucht oder ökonomischen Unfähigkeit unsere Nachgeborenen zu Schul-Sklaven machen. In unserer jetzigen Situation sind die Staatsschulden nicht so sehr das Problem (auch nicht für die Stabilität der Währung), sondern ihre Verzinsung. Rieckmann beschreibt auch ihren Übertragungseffekt von Arm auf Reich. Jeder Prozentpunkt der Senkung des Zinsniveaus würde alle Haushalte, ob Staats-, Unternehmens- oder Privathaushalte sofort stark entlasten. Diese

Möglichkeit gibt es bei gleichzeitigem Abbau der Arbeitslosigkeit. Man muß die Energie, die aufgewendet wird, um eine öffentliche Diskussion dieser Möglichkeit zu unterbinden, ungeheuerlich und kriminell nennen. Linke, die sich an dieser schon einhundert Jahre dauernde Unterdrückung eines Themas beteiligen, sind Menschenfeinde, sind Kriminelle.

Es ist nun aber eine Illusion zu glauben, eine Marktwirtschaft käme grundsätzlich ohne Schulden aus. Damit es eine Vollbeschäftigung gegen kann, müssen die Märkte für Güter und Dienstleistungen ständig geräumt werden. Ansprüche an Markt, die der eine im Moment nicht geltend machen will, muß ein anderer, der sich zu diesem Zweck verschuldet, räumen. Ohne den Vorgang: Sparen und Schuldenmachen könnte eine Produktion nicht vorfinanziert, könnte keine Altersversorgung aufgebaut und könnte keine Familie eine Wohnung/ ein Haus zu einem Zeitpunkt anschaffen, wo die Kinder noch klein sind. Zurückgefahren werden könnte aber das Volumen der Konsumentenkredite, weil in einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft jeder die laufenden Anschaffungen aus seinem Arbeitseinkommen finanzieren kann.

10. Zur Europawährung habe ich an anderer Stelle genügend geschrieben. Hier nur einige mir wichtige Randbemerkungen. So wie bei der Verfassung der Souverän, das Volk, nicht gefragt wurde, so wurden bei der Entscheidung der Bündnisgrüner für die Europawährung die Mitglieder nicht gefragt. Es ist wohl so, daß Stellvertreter sich immer für klüger halten, als die, deren Interessen sie zu vertreten vorgeben. Wenn die Republikaner sagen, sie seien gegen die Europawährung, dann erübrigt sich für viele Grüne das Nachdenken über das Thema. Man hat halt ein Abonnement auf das Gegenteil rechter Meinungen und Einstellungen. Die Antinationalisten glauben natürlich, daß sie bessere Menschen seien als die Nationalisten und übersehen dabei, daß ihre politische Krankheit die gleiche ist, nur inversiv, und für die Beurteilung der Sache an sich eine völlig untaugliche Basis ist.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Währungsverfassung und:

- der Demokratie,
- der Einkommensverteilung (sozialen Gerechtigkeit),
- der Vollbeschäftigung (bzw. Arbeitslosigkeit),
- dem Bürger- und Völkerfrieden,
- der ökologischen Bedrohung.

In allen Staaten, die sich zu einer Währungsunion zusammenschließen wollen, gibt es große Probleme mit und durch die Währungen. Es ist nicht nachvollziehbar, wie diese Problemberge dadurch geringer werden, daß sie zu einem Problemgebirge aufgehäuft werden. Die Währungsfrage ist das Schlüsselproblem für Europa (und darüber hinaus). Die Art der Problemlösung entscheidet über den Aufstieg oder den Untergang Europas.

Ich habe mir gestern die Mühe gemacht, die Protokolle zum EU-Vertrag im Hinblick auf die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäi-

schen Zentralbank durchzulesen. Es ist grauenhaft: Alle Probleme, die wir auf nationaler Ebene haben, finden wir dort wieder. Man muß sich klar machen, daß es nicht einmal eine eindeutige Vorstellung davon gibt, was Geld ist. Und dann lese ich in der HAZ vom 23. 9. 96:

„Während die europäischen Notenbankpräsidenten für die Gestalt und die Herstellung der Euro-Banknoten zuständig sind und noch über einem Design-Wettbewerb brüten, haben die Finanzminister, in deren Kompetenz das Münzwesen fällt, die Weichen für den 'Sandwich-Euro' gestellt.“ Die Münzen gehören wie die Banknoten zu der preisniveaubestimmenden Geldmenge, die Kompetenz über das jeweilige Emittieren von Noten und Münzen zu trennen, ist aus sachlicher Sicht idiotisch, auch wenn es bei uns so gehandhabt wird.

Die Bündnisgrünen wollen mit der SPD kooperieren. Warum hat der Vorstand dann nicht Prof. Dr. Wilhelm Nölling zu diesem Kongreß eingeladen? Nölling ist Ex-Präsident der Landeszentralbank in Hamburg, Ex-MdB und Ex-Senator. Er hätte sicher gerne seine Bedenken gegen den jetzigen Euro-Fahrplan vorgetragen.

Der Antisemitismus hat seine Hauptursache in Geld- und Währungsproblemen. Die Grünen helfen mit ihrem blinden Ja zum Euro, die nächsten Opfer zu „produzieren“.

11. Die Gewerkschaften Hoffnung der Arbeitnehmer?

Im März 1970 habe ich auf Drängen von Gewerkschaftskollegen einen Beitrag zum Tarifvertrag verfaßt. Ich fragte damals: „Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument die DAG-Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit - durchzusetzen.“ Ich mußte damals die Frage verneinen. Ich kam auch zu dem Schluß, daß die Flächentarifverträge nicht zum Vorteil der Arbeitnehmer sind. An einer Stelle hielt ich damals fest:

„Nach meiner Ansicht liegt die Stärke der Gewerkschaften in ihrer Möglichkeit, Kräfte für die Evolution der Bundesrepublik zu einer (tatsächlichen) freien Gesellschaft beschleunigen zu können.

Es kann den Gewerkschaften (wie auch den Parteien) nicht erspart bleiben, sich selbst in Frage zu stellen und ihre Aufgaben neu zu definieren, wenn sie nicht Selbstzweck werden sollen, anstatt ihrer eigentlichen Bestimmung nach, Mittel zur Erreichung einer humaneren Welt zu bleiben.“

Das alles gefiel den Kollegen nicht. Ich mußte meinen Schrieb auf eigene Kosten veröffentlichen. Die reale Entwicklung hat aber gezeigt, daß ich mit meinen Grundaussagen damals richtig lag. Trotz des Wandels der Zeiten, trotz der Pleite mit der Gemeinwirtschaft haben die Gewerkschaften die Zeit für den eigenen Wandel oder für neue Strategien nicht genutzt. Trotz markiger Worte, trotz Demütigungen durch Arbeitgeberverbände und Bundesregierung sind die Gewerkschaften ein konservativer, der Zeit hinterher hinkender Haufen geblieben. Die Last des Apparates muß ohne wirkliche Gegenleistung

von Mitgliedern zusätzlich getragen werden.

Tristan Abromeit

Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

12. Oktober 1996

(Zweite korrigierte inhaltlich unveränderte Auflage. Die erste Fassung wurde aus Termingründen nach einer durchwachten Nacht unkorrigiert in den Umlauf gebracht.)

Beispiel

für eine freiwirtschaftlich
gestaltete Tagung

Leistungsgerechtigkeit und voller Arbeitsertrag – Arbeitnehmer- interessen und Freiwirtschaft

Samstag/Sonntag, 2./3. November 1996,

Samstag, 2. November 1996

- 09.30 Uhr **Eröffnung der Tagung und Einführung in das Tagungsthema**
Ekkehard Lindner, 1. Vors. der SG
- 09.45 Uhr **Ausbeutung und Ausbeutungsbegriffe bei Marx, Proudhon und Gesell**
Vorträge von Dozent Dr. sc. Ulrich Busch, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschaftstheorie, und Jörg Gude, Dipl.-Vw. Ass. jur., Hamburg
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr **Arbeitnehmerinteressen in der heutigen Wirtschaftsordnung**
Vortrag von Horst Mikonauschke, Dipl.-Ing., Heidgraben
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- 16.00 Uhr **Freiwirtschaft und Gewerkschaften**
Vortrag von Dr. Dirk Löhr, Dipl. Sozialwissenschaftler, Mannheim
- 18.00 Uhr Abendbrotpause
- 20.00 Uhr **Kiautschou, deutsche Kolonial- und Bodenpolitik – nicht nur ein Rückblick**
Dia-Vortrag von Prof. Dipl.-Ing. Gustav Bohnsack, Hannover
- Sonntag, 3. November 1996
- 09.30 Uhr **Im 50. Todesjahr – John Maynard Keynes, ein Lebensbild**
Vortrag von Jörg Gude, Dipl.-Vw. Ass. jur., Hamburg
- 10.30 Uhr **Rundgespräch mit den Referenten der Tagung und den Teilnehmern**
Leitung: Ekkehard Lindner
- 12.00 Uhr Ende der Tagung

Beispiel

für eine freiwirtschaftlich gestaltete Tagung

Beispiel

für eine freiwirtschaftlich gestaltete Tagung

Der Begriff "Sozialdarwinismus" ist offensichtlich kein Begriff der heutigen Gesellschaftswissenschaften. Ich habe in einem Dutzend Bücher nach einer Erklärung des Wortes gesucht. Weder in Lexika, noch in Büchern der Ökonomie und Soziologie war ich erfolgreich. In einem Buch zur Geschichte der Ökonomie fand ich eine Erwähnung des Begriffes, aber keine Erklärung. Bis ich im "Wörterbuch der Soziologie" von Bernsdorf, Fischer-Taschenbuch 1972, fündig wurde.

"Sozialdarwinismus" - ein Begriff der "greift", oder lediglich ein Totschlagargument zur Ausschaltung einer ungeliebten Alternative?

Ein Beitrag zur Klärung von Tristan Abromeit

Wenn jemand zu denen gehört, die die Wörter Faschismus, faschistoid und Sozialdarwinismus nicht wegen irgendeines überprüfbaren Inhalts gebrauchen, sondern als Symbole, die schlechthin für das Böse stehen und mit denen man so schön und leicht tatsächliche oder vermeindliche Gegner "tot"-schlagen kann, wie in früheren Zeiten mit den Begriffen Hexe und Ketzer, für den sind die nachfolgenden Auslassungen sicherlich in den Wind geschrieben. Wer aber einsichtig ist und guten Willens, möge diesen Versuch einer sachlichen Abklärung bedenken.

Da ist viel Überheblichkeit gegenüber unseren und anderen Altvorderen festzustellen, die viele gegenwärtig schreibenden und redenden Zeitgenossen an den Tag legen. Nicht bedacht wird der Hohn und Spott, mit dem wir vermutlich von unseren Nachgeborenen überschüttet werden, weil wir Heutigen glauben, moralisch unübertreffbar und auf einem nicht mehr übertreffbaren Wissensstand zu sein.

Wer denkt, der kann auch irren. Wer das Irren unterbinden will, der unterbindet das Denken.

Der Irrtum ist der Geburtshelfer der Wahrheit. Gefährlich wird es nur dann, wenn der erkennbare Irrtum durch Macht zur Wahrheit erhoben wird, der dann Menschenglück und -leben gopfert werden. Wenn z. B. in der "Obstbausiedlung Eden" großer Menschen gedacht wird, weil sie dort einstmal gewirkt haben, dann sollte Marx nicht vergessen werden, der in jenem Landstrich vermittelte der SED geherrscht hat, der sich aber wohl gegen die SED gestemmt hätte, wen er die politischen Konsequenz aus sei-

nem Denken selbst erlebt hätte. Was sagt nun das Wörterbuch zum

Stichwort "Sozialdarwinismus"?

"Der sog. S. geht nicht auf Charles Darwin zurück, sondern auf Herbert Spencer ..."

Wir müßten also eigentlich vom Sozialspencerimus sprechen.

"Diese amerikanischen Anfänge des S. waren avantgardistisch, die akademische Jugend, mit ihren jungen Professoren, griff nach Spencers 'The Study of Sociology' (...) als der damaligen Form fortgeschrittener Aufklärung; sie wurde darin bestärkt durch den Widerstand aus theologischen Kreisen."

Also, wenn damals Aufklärung nicht frei war vom Irrtum, warum sollte heutige Aufklärung immer eindeutig richtig sein?

"Die 'klassischen' Lehrbestandteile des S. sind dabei folgende:

1. Die menschliche Gesellschaft ist ein Teil der Natur, folglich finden auf sie auch die Gesetze der Natur Anwendung. Die Soziologie ist daher, ganz nach Spencers Vorbild, hineinzustellen in eine umfassende Kosmologie."

Kommentar: Nach diesem Satz wären große Teile der Ökologiebewegung "Sozialdarwinisten", denn es ist ja geradezu eine Wiederentdeckung, daß der Mensch nicht über der Natur steht und daher nicht beliebig in sie eingreifen darf, sondern als ihr Teil - trotz seiner Besonderheit als denkendes Wesen - sich einzuordnen hat.

"2. Der 'Kampf ums Dasein' (struggle for existence) und das 'Überleben der Tauglichsten' (survival of the fittest), d. h. der Bestangepaßte, sind solche Gesetze. Sie sind ein Teil der Gesamtkonomie der Natur."

Kommentar: Ich denke, der Mensch als Gattung kann den 'Kampf ums Dasein' mit anderen Gattungen durchaus verlieren, wenn er sich selbst durch Atomstrahlen, geneti-

sche Experimente oder biologische Waffen umbringt oder seine natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Warum sollen nur die Dinosaurier aussterben? Anpassung an Lebensmöglichkeiten wird also den Menschen schon abverlangt. Aber die Sozialdarwinisten irren, wenn sie annehmen, daß der Kampf in der Ökonomie der Menschen - der schon Jahrtausende alt ist - etwas mit dem subtilen Anpassungsprozeß in der Natur zu tun hat.

Der Kapitalismus in seinen privatwirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Varianten ist ein geradezu naturwidriges Element in der Ökonomie der Menschen. Der Krieg am Golf entsprach nicht der Logik des Anpassungsprozesses der Natur, wohl aber des kapitalistischen "Kampfes ums Überleben". Die Natur strebt nach Dezentralität und Vielfalt, der Kapitalismus nach Zentralisation und Einfalt. Der Kurzttext über Sozialdarwinismus läßt auch vermuten, daß der Mensch nicht als ein soziales Wesen - ein Wesen, das nach Ausgleich strebt - erkannt wurde.

"3. Die Menschen sind von Natur aus ungleich, daher spiegelt auch die gesellschaftliche Hierarchie diese Ungleichheit. Auch diese Entsprechung gehört zur Ökonomie der Natur. (...)"

Kommentar: Die natürliche Ungleichheit ist eine Bedingung der Vielfalt. Die rechtliche Gleichheit ist eine Bedingung der Demokratie. Die tatsächliche Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung kann nicht - wie der Sozialpsychologe Peter R. Hofstätter einmal feststellte - in der natürlichen Ungleichheit der Menschen liegen. Es bestehen im Kapitalismus keine Korrelationen zwischen der Streuung der Intelligenz oder körperlichen Geschicklichkeit der Menschen und der Einkommens- und Vermögensverteilung (oder nur ganz bedingt). Die Freiwirtschaft ist nicht die Stütze irgendeiner Hierarchie, sondern die Lehre von der Akratie, deshalb wird sie wohl auch von machtbesessenen Menschen bekämpft.

"4. Aus solchen Auffassungen ergibt sich eine streng deterministische Auffassung der Gesellschaft. In die Ökonomie der Natur greift

man am besten nicht ein; man soll den sozialen Fortschritt, der sich auf Grund der Naturgesetze von selbst vollzieht, möglichst ungehindert vorstatten gehen lassen."

Kommentar: In die Ökonomie der Natur greift man zweckmäßigerweise tatsächlich nicht ein - und wenn, dann nur im Rahmen ihrer Gesetzmäßigkeit. Die Ökonomie der Menschen ist aber keine unmittelbare Natur, der soziale Fortschritt stellt sich nicht von alleine ein. Gesell schreibt im Vorwort zur 3. Auflage der "Natürlichen Wirtschaftsordnung": "Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat."

"5. Diese gedankliche Basis ermöglicht es, das Walten der Naturgesetze mit dem Willen Gottes zusammenfallen zu lassen. Der klassische S. basiert stimmungsmäßig auf einer naturalisierten Krypto-Religiosität."

Kommentar: Ich kann keinen Zusammenhang mit Gesell oder der von ihm begründeten Ökonomieschule erkennen.

"6. Hieraus resultiert eine scharfe Ablehnung jeder staatlichen Interventionspolitik (z. B. Sozialpolitik), die ja das normale Walten der Ausleseprozesse nur stören würde."

Kommentar: Die Ablehnung der Interventionspolitik heute ist nicht nur ein Anliegen der Freiwirtschaftsschule, sondern aller liberalen Schulen und zwar nicht, weil sie einen vermeintlichen Ausleseprozeß stören könnte, sondern weil die an Tagespolitik orientierten staatlichen Interventionen den Zwang zu immer neuen Interventionen in sich tragen. Der Bürokratismus wächst, die Freiheit bleibt auf der Strecke. Statt ökonomische Störungen zu beseitigen und soziale Gerechtigkeit herzustellen, verursacht die Interventionspolitik neue Störungen und neue Ungerechtigkeiten. Gegen eine

Sozialpolitik werden nur dann Einwendungen erhoben, wenn sie der Herrschaft der Verbände und Bürokraten dient und jene, denen sie nutzen soll, ausbeutet und entmündigt. Die Freiwirtschaftler und die Ordo-Liberalen fordern die Gestaltung eines ökonomischen und ökologischen Ordnungsrahmens, in dem das freie Spiel der freien Kräfte zum Wohl des einzelnen und der Gesamtheit stattfinden kann.

Die Freiwirtschaftslehre ist im Gegensatz zur sozialdarwinistischen keine Rechtfertigungslehre einer vergangenen oder gegenwärtigen "Wirtschaftsgesellschaft, einschließlich ihrer Miß- und Notstände", sondern eine wirksame Anklage unserer heutigen Gesellschaften, indem sie aufzeigt, wie solche Mißstände überwunden werden können.

Ich denke, wer den Begriff "Sozialdarwinismus" auf die Freiwirtschaft anwendet, hat erstens keine Ahnung von der Ökonomie, pflegt zweitens einen schludrigen ehrabschneidenden Umgang mit der Sprache und hat sich nie mit freiwirtschaftlichen Inhalten auseinandergesetzt.

Der Freiwirtschaftsschule ist schon alles mögliche unter-schoben worden, je nachdem ob die Anwürfe aus marxistisch-ideologischer Befangenheit, aus Überheblichkeit von Vertretern anderer Schulen oder aus politischer machtorientierter Opportunität heraus erfolgten.

Fest steht für mich: Wenn die demokratischen Parteien, insbesondere die SPD nach dem ersten Weltkrieg lernfähiger und aufgeschlossener den freiwirtschaftlichen Erkenntnissen gegenüber gewesen wären, wäre das ökonomische Elend in der Weimarer Republik und damit Hitler vermeidbar gewesen.

Belegt ist:

1., daß unter den Nazis freiwirtschaftliche Organisationen verboten waren, freiwirtschaftliche Leute in Bedrängnis oder ins KZ gebracht oder gar totgeschlagen wurden.

2., daß freiwirtschaftliche Leute unter bundesrepublikanischer Flagge in Bedrängnis gebracht wurden und daß freiwirtschaftliche Organisationen selten oder nie wie vergleichbare Organisationen öf-

fentliche Zuwendungen und Spenden von Großunternehmen erhalten haben.

3., daß unter sowjetischem Besatzungsrecht in der DDR freiwirtschaftliche Leute in Bautzen eingesperrt waren oder nach Sibirien geschafft wurden. Zwei Freunde, die betroffen waren und in Berlin begraben liegen, habe ich noch kennengelernt. Walter Michel und Will Noebe. Will Noebe hat seine Geschichte beschrieben in "Wie es wirklich war - 7 1/2 Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D. in Ostdeutschland und Sibirien".

Die freiwirtschaftlichen Gruppen konnten nie Massen zu ihren Mitgliedern zählen. Auch kann man sagen, daß die Gesellianer in diesem Jahrhundert bisher zum Nachteil des großen Glücks der großen Zahl die ewigen politischen Verlierer waren. Aber der Mensch leidet solange unter seinen Schmerzen, bis er den Ursachen seines Schmerzes nachgeht und nach Linderung oder Überwindung sucht. Der politische Verlierer ist aber nicht immer der politisch Erfolgreiche.

In der Ökonomie sind viele Dinge inzwischen Allgemeingut, die zumindest von der Freiwirtschaft mit geprägt worden sind. Die geistige Arbeit, die zum ursprünglichen Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geführt hat, wurde von Freiwirtschaftlern mitgetragen. In der Ausgabe des Magazins "Der Spiegel" vom 9. September 1953 ist über Ludwig Erhard zu lesen: "Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld der Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse." Diese Hemmnisse bestätigte er mir später auch aufgrund einer Frage auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum. In diesem Spiegel-Artikel steht für die weitere Arbeit der freiwirtschaftlichen Organisationen eine bedeutende Aussage:

"Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen: 'Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an

eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich-soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht."

Da freiwirtschaftliche Leute entgegen ihrem Ruf, den sie mancherorts haben, vieldimensionale Aktivisten sind, kann es passieren, daß man z.B. bei der Suche nach Referenten für die Permakultur auf freiwirtschaftlich denkende Leute stößt.

Die Urgründungszelle der GRÜNEN war eine freiwirtschaftliche Gruppe. Georg Otto von den Liberalsozialen in den GRÜNEN kann darüber berichten. Nachzulesen ist das auch in Anna Hallensleben "Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980"

Aber auch hier war es so, daß besonders Linke unterschiedlicher Färbung aufgrund ideologischer Eifersüchteleien, politischer Arroganz, organisatorischer Skrupellosigkeit und verlogener Vorwürfe die Gründungsgruppe in die Bedeutungslosigkeit gedrängt haben. Das hat natürlich auch seinen Preis: Eine grüne Partei mit einem freiwirtschaftlichen Grundverständnis hätte bei Wahlen leicht einen Anteil zwischen 10 und 20% der Stimmen erhalten können. Sie hätte allein durch eine marktwirtschaftlich fundierte Öffentlichkeitsarbeit verhindern können, daß Helmut Kohl und seine Mannen den ehemaligen DDRlern den Kapitalismus als Marktwirtschaft verkaufen konnten. Auch wäre ein sanfterer Übergang mit befreienderen Perspektiven möglich gewesen.

Desinformation ist eine üble politische Waffe. Wer heute ohne genaue Definition den Begriff "Sozialdarwinismus" verwendet, dient nicht der Aufklärung: er betreibt Diffamierung.

Thesen stehen auf schwachen Füßen

Zu dem Bericht „Woher nur die Lust an der Grausamkeit?“ vom 6. September:

Auch wenn man der Public-Relations-Strategie des amerikanischen Verlages, der Goldhagens Arbeit veröffentlicht hat, nur Hochachtung zollen kann, und den Anstoß zur erneuten Diskussion über die Ursachen nationalsozialistischer Massenvernichtung begrüßen mag, sollte man in einer seriösen Debatte doch zur Kenntnis nehmen, daß einige Thesen des Autors nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand in Sozialwissenschaften und Psychologie auf schwachen Füßen stehen und auch durch Wiederholung nicht besser werden.

Um nur zwei Beispiele aus Ihrem Bericht zu nennen: Die Vorstellung, daß Menschen andere Menschen nur dann in grausamer Weise mißhandeln, wenn sie persönlich einen Lustgewinn davontragen, ist naiv bis irreführend. Jeder, der das mittlerweile klassische Milgram-Experiment und entsprechende Folgeuntersuchungen kennt, weiß, daß

ganz normale Menschen ohne jedes persönliche Gefühl der Feindseligkeit und entgegen ihren persönlichen Wertüberzeugungen unter bestimmten Bedingungen dazu gebracht werden können, sich an grausamen Vernichtungshandlungen zu beteiligen. (Wer meint, diese erschreckende, aber gesicherte Beobachtung theoretisch überhöhen zu müssen, mag diese manchmal überwältigende Konformitätstendenz als Schattenseite der „social animal“-Natur des Menschen zuschreiben.) Zum zweiten: Die Rechtfertigung seiner Verallgemeinerungen durch den Verweis auf den in der empirischen Sozialforschung üblichen Repräsentationsschluß („repräsentativer Querschnitt der deutschen Bevölkerung“) kann nur als verwegen bezeichnet werden, selbst wenn man sich darauf beschränkt, Kriterien der Standarddemographie wie Geschlecht, Alter, Vorbildung u.a. heranzuziehen und darauf verzichtet, psychodynamische Berufswahltheorien zu bemühen.

Hannover

Dr. A. Wacker

Professor für Sozialpsychologie

Silvio Gesell schrieb 1918:

„Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufes der Millionen: 'Nie wieder Krieg', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere

von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: 'Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.' Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.“

A 7

NR. 268 · MITTWOCH, 13. NOVEMBER 1996

„Kein Mensch hält ewig“

Ein Gespräch mit Wolf Biermann – 20 Jahre nach seiner Ausbürgerung

Der Seehundsbar ist leicht ergraut, die Manneskraft hat nicht gelitten. „Das Tier in meiner Hose ist so dumm und gut und unbekümmert, schau: es schämt sich nicht, es schwillt“, singt Wolf Biermann in einem neuen Lied. Am 15. November wird der Dichter mit der Gitarre 60. Einen Tag später steht der 20. Jahrestag seiner Ausbürgerung aus der DDR auf dem Kalender. Passend zu dem Jubiläums-Rummel hat 2001 eine neue Biermann-CD auf den Markt geworfen. „Süßes Leberli, saures Leben, Paradieschen wird's nie geben“ – der Titelsong klingt ein bißchen wie die Bilanz zum Sechzigsten. Wer sich ein Bild von den Ost-Berliner Jahren des streitlustigen Troubadours machen möchte, kann in dem Bildband „Ausgebürgert“ schmökern, den der Berliner Verlag Schwarzkopf & Schwarzkopf herausgebracht hat. Den Rausschmiß sieht Biermann nachträglich als großes Glück: „So konnte ich schon ein paar Jährchen vor all den andern Ossies den Westen kennenlernen.“ Mittlerweile ist der Büchner-, Mörike- und Hölderlin-Preisträger wieder da selbst geworden, wo er vor 60 Jahren als Sohn eines jüdischen Kommunisten geboren wurde: in Hamburg. In zweiter Ehe verheiratet, hat er sich in Altona eingerichtet. Dort hat Heinrich Thies folgendes Gespräch mit ihm geführt.

Haben Sie sich inzwischen mit dem Kapitalismus angefreundet?

Biermann: Ich gehöre immer noch zu den Menschen, die die Gesellschaft verbessern wollen, die sich nicht abfinden mit Unrecht, Barbarei und Heuchelei. Aber ich gehöre nicht mehr zu denen, die glauben, sie könnten dieses berühmte kommunistische Paradies auf die Erde zwingen. Ich habe inzwischen Angst vor Leuten, die das versprechen. Denn sie haben bewiesen, daß sie bereit sind, für dieses edle Ziel ganze Völker abzuschlachten. Dabei kommen sie diesem Ziel nicht nur nicht näher, sondern sie entfernen sich immer weiter davon. Das ist der Gedanke, den ich vielleicht noch mal in einem neuen Gedicht oder Lied schärfer formulieren müßte, daß eben der sogenannte Fehler an dem, was wir Kommunismus nannten, nicht etwa die unvollkommene Verwirklichung einer im Grunde guten Idee war. Die Idee selbst ist der Fehler.

Sie haben in den vergangenen Jahren überhaupt ziemlich oft auf die Linke eingedroschen. Fühlen Sie sich nicht mehr dazugehörig?

Biermann: Auf die Linken habe ich nie eingedroschen. Wenn überhaupt, habe ich mich kritisch gegen Leute gewandt, die keine Linken sind, sondern nur linksgetüncht.

Welchen Linken fühlen Sie sich denn verbunden? Den Grünen?

Biermann: Soweit sie keine Öko-Faschisten sind und sagen: Das einzig Schlechte, was Hitler gemacht hat, war die Autobahn. Natürlich. Das Problem ist nur, daß die politischen Schlagworte, rechts und links, heute nicht mehr so gut brauchbar sind wie früher.

Sie gehen hart mit den Menschen in Ostdeutschland ins Gericht, die der DDR nachtrauern?

Biermann: Gar nicht. Aber wer sich nicht erstens bis zehntens freuen kann, daß eine Tyrannei zusammenbricht – eine Diktatur, in der die Menschen gedemütigt und gequält und ausgebeutet, belogen und kaputtgemacht wurden –, wer sich darüber nicht freut, ist doch entweder ein Idiot oder ein Schwein. Daß so ein gesellschaftlicher Umbruch Probleme hervorbringt, auf die diese Menschen nicht gut trainiert sind, das ist klar. Es gibt sogar das uralte Phänomen, daß das Ende irgendeiner Sklaverei für die befreiten Sklaven auch immer eine Katastrophe ist. Warum? Weil sie die Sklaverei gelernt haben und die Freiheit noch nicht. Das hat ja leider auch zur Folge, daß die DDR in den Untertanen von damals fortlebt. Viele sind schwer gezeichnet. Menschenruinen, die noch mühsamer repariert werden müssen als die Häuser. Grauenhafter als der allgemeine Verfall ist der Stacheldraht, der in die Gehirne der Menschen eingewachsen ist.

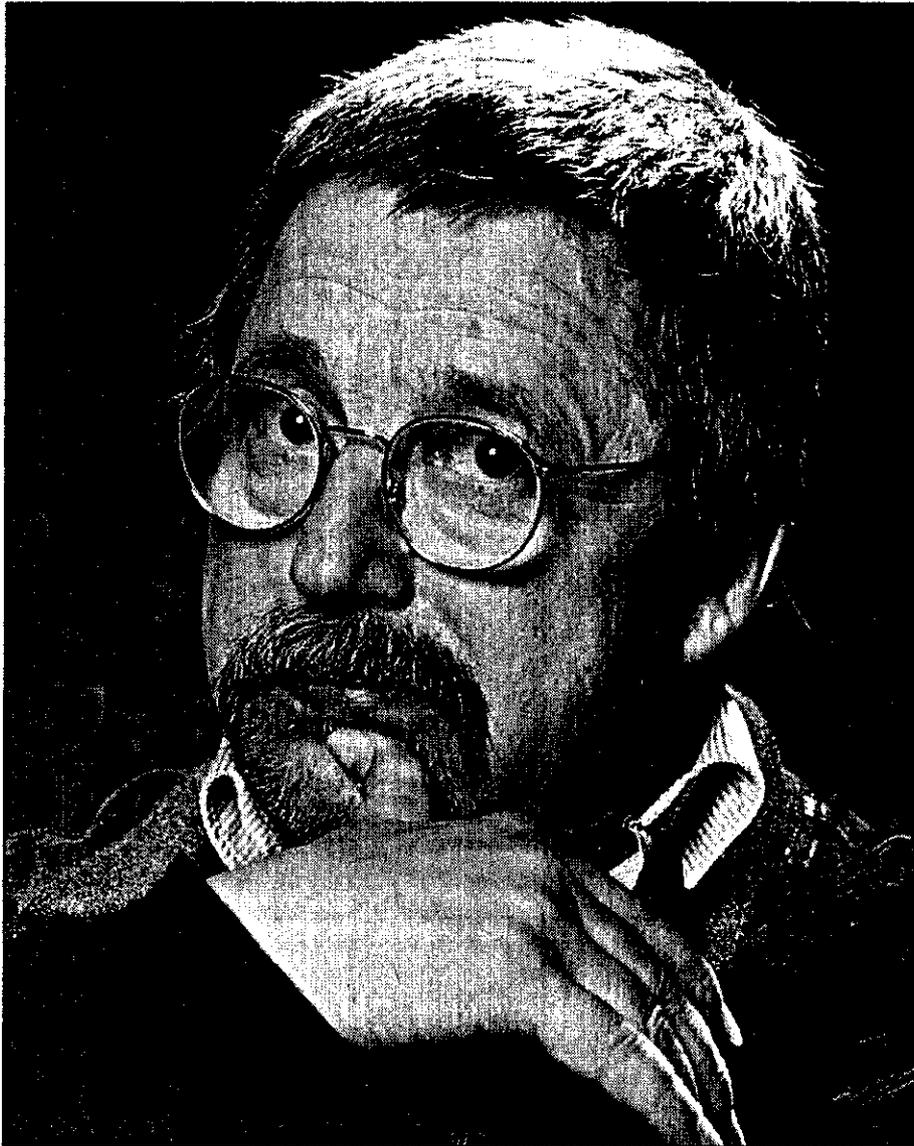
Hat man eigentlich nie versucht, Sie zu ködern?

Biermann: Doch. Bevor sie 1965 das Auftrittsverbot über mich verhängt haben. Sogar Margot Honecker ist mir auf die Bude gerückt. „Wolf“, hat sie gesagt, „du bist so begabt. Wenn du mit uns den richtigen Weg gehst, dann kannst du der größte Dichter der DDR werden.“

Halten Sie es für denkbar, daß Sie der Stasi auf den Leim gegangen wären, wenn Sie die DDR 1976 nicht ausgebürgert hätte?

Biermann: Es hätte sein können, daß ich nach immerhin zwölf Jahren „Verbotensein“ nochmals 13 Jahre nicht so gut durchgestanden hätte. Brecht hat mal gesagt: „Kein Mensch hält ewig, einige halten etwas länger.“ Mir ist klar, daß ich nur durch unglaubliche Glücksumstände kein Stasispitzel geworden bin. Mein Glück war, daß die so dämlich waren und so brutal. Wenn die mensch-

S. 75



Skeptiker und Schwestern: Wolf Biermann.

dpa

licher mit mir umgegangen wären, wär' ich vielleicht voll drauf reingefallen.

Woher nehmen Sie dann das moralische Recht, einen „IM“ wie den Lyriker Sascha Anderson zu outen?

Biermann: Hören Sie mal, ich habe 70 Spitzel in meinen Akten gefunden, und ich habe keinen einzigen geoutet. Anderson kommt in meinen Akten überhaupt nicht vor. Und ich hätte kein Wort über ihn verloren, wenn er nur so ein Nebenbeispitzel wäre, wie es ja viele gab, ein Schriftsteller, der mal eingeschüchtert wurde und schwach genug war zu unterschreiben, weil er vielleicht auch dachte wie Heiner Müller, daß er besonders pfiffig ist und mit der Stasi irgendwie Spielchen treiben kann und dann merken mußte, daß sie mit ihm Spielchen treiben.

Sie werfen Heiner Müller vor, daß er mit der Stasi poussiert hat?

Biermann: Nein. Dazu weiß ich viel zu gut und genau, wie leicht es passieren konnte, daß man in diese Maschinerie reingeriet und seine Hand nicht wieder herauskriegt. Aber was mich anwidert, ist die Tatsache, daß diese Menschen wei-

terlügen in einer Zeit, wo endlich, endlich diese verfluchte Maschine kaputt ist. Der Streit geht gar nicht wirklich um das damalige Verhalten. Es geht um das Verhalten heute, jetzt, wo wir endlich an der frischen Luft der Demokratie leben. Ich erwarte ja gar nicht, daß alle Leute die Heldenrolle spielen.

So wie Sie?

Biermann: Daß ich in diese Heldenrolle hineingeraten bin, ist ein Gemisch von Glücksumständen, von Mut, von richtigen Freunden, die man braucht, und natürlich auch, daß ich durch Zufall der Geburt aus einer Kommunistenfamilie komme. Die meisten Schriftsteller meiner Generation in der DDR kamen doch aus Nazifamilien. Das führte dazu, daß solche jungen Menschen gegenüber den alten Führern in der Partei der SED sehr bescheiden waren – gerade wenn sie ehrliche Menschen waren und sich schämten für die Verbrechen ihrer Eltern. Ich war aber nicht so bescheiden, konnte es gar nicht sein. Ich trat natürlich mit der aufreizenden Unbescheidenheit des rechtmäßigen Erben auf.

DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung
der freien und sozialen Marktwirtschaft

Ach wenn doch bloß die Regierenden das Bibelwort „Wer sucht, der findet“ beachten würden! Vielleicht würden auch sie fündig, wie die beiden Schüler aus Essen-Steele, die es nicht beim Kritisieren der mißlichen Zustände in aller Welt beließen. Das Ergebnis ihres Suchens stellen wir heute unseren Lesern in der Gewißheit vor, daß auch sie von der Klarheit der Sprache und der Schlüssigkeit ihrer Diktion fasziniert sein werden. (Die Red.)

Möglicher Ausweg? Vorstellung des „Dritten Weges“/ Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus

Von Bijan Nowrousian und Matthias Braun

Wir haben uns fast schon daran gewöhnt: Jeder Tag bringt neue Hiobsbotschaften mit sich. Hungerkatastrophe in Afrika, Vernichtung der EG-Lebensmittelüberschüsse, wachsende Armut auch in den Industriestaaten, Obdachlosigkeit, Haushaltsdefizite, Abholzung der Regenwälder, Ozonloch ... diese Liste ließe sich beliebig lange so fortsetzen. Angesichts solcher Meldungen empfinden immer mehr Menschen Hilflosigkeit und resignieren.

Wird aber System in diese Fülle von Katastrophen und Fehlentwicklungen gebracht, so kristallisieren sich neben der drastischen Zunahme der Weltbevölkerung folgende Problemgruppen heraus:

1. Eine weltweit zunehmende Arbeitslosigkeit bei theoretisch durchaus vorhandenen Beschäftigungsmöglich-

keiten (z. B. Verbesserung der Infrastruktur in Osteuropa).

2. Eine weltweit steigende Gesamtverschuldung (öffentliche und private Haushalte, Unternehmen).

3. Ein ständiges Auseinanderdriften der Einkommen von immer mehr Armen und immer weniger Reichen, sowohl global, als auch innerhalb der einzelnen Nationen.

4. Eine bedrohliche Umweltzerstörung, vor allem als Folge einer zwanghaften Zunahme von Produktion und Verbrauch (Umweltzerstörung wird letztendlich in Kauf genommen, um die Konjunktur, d. h. ein möglichst ständiges Wachstum der Wirtschaft zu garantieren).

Tabuisierte Bereiche aufbrechen

Welche Diagnose würde ein Arzt unserer Erde, diesem kranken Organismus, stellen? Wo sind die Ursachen dieser Entwicklung?

Es mag an dieser Stelle verwundern, wenn wir nun von Geld- und Bodenordnung reden werden, denn weder in der öffentlichen Diskussion, noch in wissenschaftlichen Fachkreisen, wird ein Zusammenhang zwischen den oben beschriebenen Phänomenen und der Problematik der Geld- und Bodenordnung gesehen. Aber scheitert nicht gerade die gesamte herkömmliche Volkswirtschaftslehre mit ihren Denk- und Erklärungsschemata bei dem Versuch, brauchbare Lösungsvorschläge zu erarbeiten?

Es ist daher unumgänglich, bisher ausgeklammerte und tabuisierte Bereiche unserer Wirtschaftsordnung auf ihre Funktionsweise und ihre Bedeutung für die Wirtschaft hin zu untersuchen.

Alle Güter müssen, sobald sie hergestellt worden sind, auch angeboten werden: Wer eine Kiste Äpfel besitzt, muß diese möglichst schnell auf den Markt bringen, da sonst die Äpfel verderben. Aber auch Produkte, die nicht verderben, müssen möglichst bald angeboten werden, da sie zum Beispiel Lagerhaltungskosten verursachen, oder die Nachfrage

nachläßt oder von anderen befriedigt wird. Man kann also bei allen Gütern einen **Angebotszwang** feststellen.

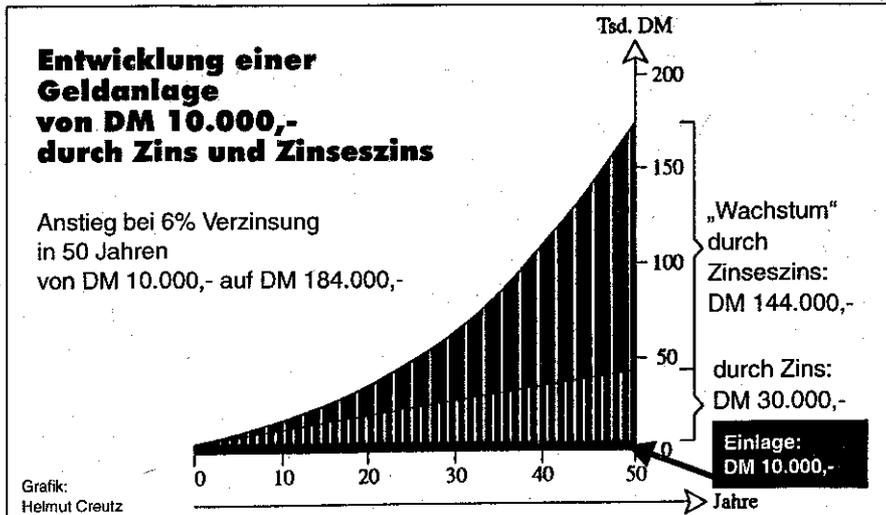
Lediglich das Geld unterliegt keinem Angebotszwang. Es verdirbt nicht, verursacht keine Lagerkosten und wird jederzeit nachgefragt. Dies macht es, neben seiner Universalität, allen anderen Gütern überlegen. Insofern ist eine Hortung von Geld theoretisch möglich. Die Folge einer solchen Hortung ist aber, daß das Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird und somit nicht mehr dem Austausch von Waren dienen kann; Geld besitzt also eine „Streikfähigkeit“. Für jede Volkswirtschaft ist es jedoch von höchster Wichtigkeit, daß das Geld im Umlauf bleibt. In unserem jetzigen Wirtschaftssystem wird dies auf zweierlei Weise erreicht: Durch das „Zuckerbrot“ der Zinsen und die „Peitsche“ der Inflation.

Inflation = „Peitsche“

In einem Wirtschaftssystem mit inflationärer Währung ist jedes Wirtschaftssubjekt daran interessiert, ob der drohenden Entwertung das Geld so schnell wie möglich wieder auszugeben. In einem solchen Falle unterliegt also auch das Geld einem Angebotszwang. Die Aufgabe der Inflation als **Umlaufsicherung** des Geldes ist einer der Gründe dafür, daß keine Währung der Welt ohne Inflation auszukommen scheint. Dies hat allerdings den Nachteil, daß das Geld seine Funktion als stabiler Preismaßstab und als gleichbleibendes Wertaufbewahrungsmittel, die ihm eigentlich neben seiner Funktion als Tauschmittel zukommen sollte, verliert. Deshalb ist diese Art der Umlaufsicherung allein ihrer sozialen Ungerechtigkeit wegen für die gesamte Gesellschaft äußerst negativ.

Die zweite Art der Umlaufsicherung in unserem Wirtschaftssystem ist der Zins. Dabei bekommt das Wirtschaftssubjekt, welches sein Geld nicht hortet, sondern dem Wirtschaftskreislauf über den Bankensektor erneut zur Verfügung stellt, eine Prämie. John Maynard Keynes sprach in diesem Zusammenhang vom Zins als „Liquiditätsprämie“. Um Wesen und Wirkung des Zinses darzustellen, müssen wir etwas weiter ausholen, als dies bei der Beschreibung der Inflation notwendig war.

Zuerst muß verdeutlicht werden, daß Zins über den Zinseszins-Effekt zu einem exponentiellen Anwachsen der Geldvermögen führt. Dies sei an folgendem Beispiel kurz erläutert:



Die Eskalation der Geldvermögen als Folge des Zinseszins-Effekts

Hat man eine Spareinlage von 10.000 Mark bei einer jährlichen Verzinsung von 6%, so hat man nach 50 Jahren alleine durch den einfachen Zins (Verzinsung nur des Grundkapitals, also jedes Jahr 6% Zins für 10.000 Mark) einen Kapitalzuwachs von 30.000 Mark. Durch den Zinseszins (Verzinsung des Grundkapitals plus bisher angefallener Zinseinkommen) kommt dazu noch einmal ein Betrag von 144.000 Mark. Innerhalb von 50 Jahren hat sich das Guthaben also von 10.000 auf 184.000 Mark erhöht!

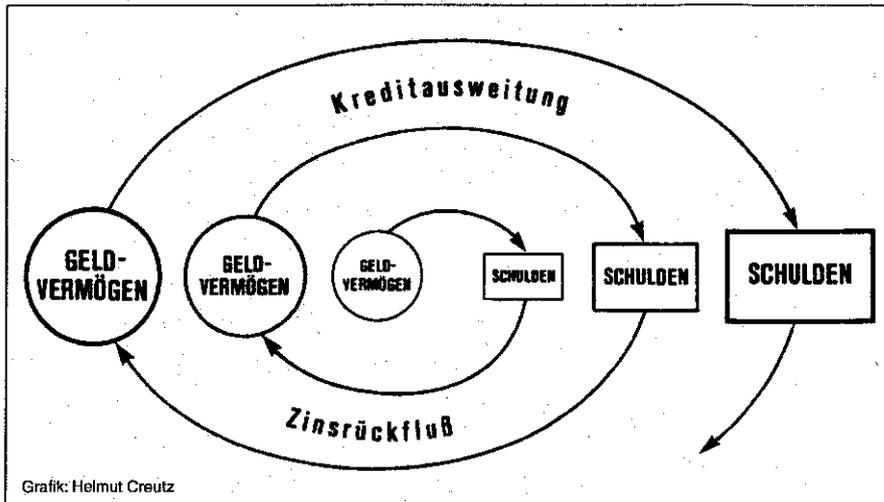
Dieses Beispiel verdeutlicht zuerst einmal, daß es sich beim Zins eben nicht, wie häufig angenommen, um eine einfache Bezahlung der Dienstleistung des Geld-zur-Verfügung-Stellens handelt.

Entscheidend jedoch ist die Frage, wem der Guthabenbesitzer aus unserem Beispiel seine wundersame siebzehnfache Geldvermehrung denn eigentlich verdankt. Den Zinseinnahmen muß schließlich auch eine Arbeitsleistung gegenüberstehen. Die Banken sind ja keine selbstlosen Wohltäterinnen, die aus einem unerschöpflichen Füllhorn Geldgeschenke an sparsame Bürger verteilen. Allen Zinseinnahmen müssen daher auf der anderen Seite Schulden, d. h. Zinsenlasten, gegenüberstehen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß nicht nur Schuldner Zinsen zahlen, sondern wir alle! Insofern nämlich alle Unternehmer gezwungen sind, die Zinsenlasten ihrer Kredite auf den Preis umzuschlagen, zahlt auch jeder indirekt Zins. Zur Zeit beträgt der Zinsanteil im Warenpreis durchschnittlich 30%! Man muß also mehr als 30% seines Einkommens aus Zinsgewinnen

bestreiten, um zu den Gewinnern des Systems zu gehören.

Der Zins führt lediglich zu einer ständigen Umverteilung des Geldes von den Ärmern zu den Reichen, von der Arbeit zum Besitz. Insofern also auf der einen Seite die Zinsvermögen und Zinseinnahmen, auf der anderen Seite aber auch die Zinsenlasten und damit der Geldbedarf ständig steigen, handelt es sich hierbei um einen „positiv rückgekoppelten Kreislauf“, d. h. eine sich selbst beschleunigende Entwicklung. (Die nachfolgende Grafik verdeutlicht diesen Sachverhalt noch einmal)

Neben den bereits erklärten Phänomenen des ständigen Auseinanderdriftens von Arm und Reich sowie der ständig wachsenden weltweiten Verschuldung ist auch der **Wachstumswang**, dem unsere Wirtschaft unterliegt, eine Folge dieses **monetären Teufelskreises**: Insofern die Verschuldung, wie gezeigt, ständig wächst, wächst auch der Anspruch des Zinses auf die Arbeitseinkommen. Ein immer größerer Teil des Einkommens muß aufgewendet werden, um den Zins zu bedienen. Will man die dadurch vorprogrammierte Verarmung breiter Bevölkerungsschichten verhindern, ist man gezwungen, die Arbeitsleistung ständig zu steigern. In einem Zinssystem ist die Wirtschaft also gezwungen, ständig zu wachsen, um den wachsenden Zins zu bedienen (in Deutschland ist die „Notwendigkeit“ zum Wachstum sogar per Gesetz, dem Gesetz für Stabilität und Wachstum, festgelegt). Vergegenwärtigt man sich nun jedoch, daß die Ressourcen der Erde, auf deren Verarbeitung letztendlich jede Wirtschaft beruht, begrenzt sind und daß in



Grafik: Helmut Creutz

Der monetäre Teufelskreis

einem begrenzten Raum kein unbegrenztes Wachstum möglich ist, erkennt man, daß ein fortwährendes Wirtschaftswachstum zwangsläufig zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen führt.

In dem bestehenden System bleibt demzufolge nur die Wahl zwischen dem ökologischen oder dem sozialen Kollaps.

Phänomen Arbeitslosigkeit

Wenn der Leser sich nun an die vier eingangs aufgelisteten Problemfelder erinnert, so wird deutlich, daß die unter 2. bis 4. erwähnten Probleme (Verschuldung, Auseinanderdriften von Arm und Reich, Umweltzerstörung/Wachstumswachstum) bereits erklärt sind.

Einer Erläuterung bedarf nur noch das Phänomen der Arbeitslosigkeit. Auch hier spielt der Zins eine wichtige Rolle: Bei jeder volkswirtschaftlichen Investition ist man gezwungen, mindestens soviel Gewinn zu machen, wie das Kapital bringen würde, wenn es verzinst auf der Bank läge. Kann ein wirtschaftliches Unternehmen diese Bedingung nicht erfüllen, so ist es so gut wie unmöglich, Geld dafür zu bekommen. Das Kapital verweigert sich, der Zins wird zum Investitionshemmer. Man spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten **Rentabilitätsprinzip** (das Gegenteil dazu ist das Wirtschaftlichkeitsprinzip, d. h. ein Unternehmen lohnt sich bereits dann, wenn es sich selbst trägt).

Die fatalen Folgen dieses Prinzips lassen sich gerade in Deutschland gut erkennen: Es gibt über vier Millionen

Arbeitslose, obwohl es an Aufgaben, die gemacht werden müßten, gerade in den neuen Ländern wahrlich nicht mangelt. Das Kapital jedoch, anstatt sich bei geringerer Rendite dem Aufbau in den neuen Ländern zur Verfügung zu stellen, zieht renditeträchtige Langzeitverzinsungen der Devisen- und Aktienspekulationen vor. Wo das Geld wirklich gebraucht wird, ist es nicht, und wo es ist, wird es eigentlich nicht gebraucht.

Neben der ungerechten Geldordnung ist die herrschende Bodenordnung das zweite Grundübel unseres Wirtschaftssystems. Diese wird genausowenig wie die Geldordnung als Problem erkannt, da das Recht auf Bodenbesitz vielen Menschen ebenso selbstverständlich ist, wie das Recht auf den Besitz an Gütern. Boden ist aber in vielerlei Hinsicht nicht mit anderen Gütern zu vergleichen: Zum einen ist Boden ein Gut, das jeder Mensch zum Leben braucht, zum anderen ist Boden nicht vermehrbar. Da man Boden also weder herstellen, noch verbrauchen kann (es sei denn, man vergiftet ihn!) sondern er eigentlich nur genutzt werden kann, dürften am Boden eigentlich nur Nutzungsrechte bestehen. Dabei sollte jeder nur soviel Boden bekommen, wie er braucht bzw. bearbeiten kann.

Diesen Forderungen wird die heutige Bodenordnung nicht gerecht. Boden wird als spekulative Kapitalanlage mißbraucht, durch Zurückhaltung künstlich zusätzlich verknappt und ist Quelle ungerechtfertigter Bereicherung einzelner. Über Mieten, Pachten und damit letztendlich allen Preisen entsteht auch hier, wie beim Zins, ein Geldstrom von der Arbeit zum Besitz.

Die heutige Geld- und Bodenordnung, die ungerechtfertigte, arbeitsfreie Einkommen einiger auf Kosten der Allgemeinheit zur Folge hat, ist mithin die eigentliche Ursache zahlreicher Probleme unserer Zeit!

Dritter Weg

Es stellt sich nun natürlich die Frage, welcher Weg aus dieser Situation herausführen kann. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus fällt dieser als Alternative weg. Daß es jedoch ein Trugschluß ist, anzunehmen, der Kapitalismus sei nun wohl oder übel das einzig funktionierende System, das halt trotz seiner „kleinen Fehler“ akzeptiert werden müsse, zeigt sich an der offenen und verdeckten Ratlosigkeit, mit der sich Wissenschaft und Politik den Problemen „mutig“ stellen. So hat z. B. der Nobelpreisträger für Ökonomie von 1976, Milton Friedman von der renommierten Chicago School, vor kurzem angeregt, den monetären Problemen durch eine staatlich kontrollierte Hyperinflation beizukommen!!

Das Ende des Kommunismus bedeutet also nicht etwa den Sieg des Kapitalismus, sondern vielmehr sein Übrigbleiben!

Um den Lösungsansatz, den die sogenannte freiwirtschaftliche Schule bietet und den wir hier als „dritten Weg“ vorstellen, nachvollziehen zu können, ist es notwendig, sich noch einmal daran zu erinnern, was ganz zu Beginn über das Geld gesagt wurde: Geld unterliegt keinem Angebotszwang, kann folglich dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden. Insofern dieses für eine Volkswirtschaft höchst schädlich ist, besteht prinzipiell immer die Notwendigkeit, es mit einer Umlaufsicherung zu belegen, d. h. die Wirtschaftssubjekte dazu zu bringen, ihr Geld dem Kreislauf erneut zur Verfügung zu stellen. In unserer Wirtschaft geschieht dies durch Inflation und Zinsen, mit allen daraus resultierenden Folgen.

Der freiwirtschaftliche Lösungsansatz besteht nun darin, die schädliche Umlaufsicherung Zins und Inflation durch eine andere Umlaufsicherung zu ersetzen: Geld muß, wie alle anderen Güter auch, einem Angebotszwang unterworfen werden. Es müssen „Lagerhaltungskosten“ für das Geld eingeführt werden, indem Gebühren für Geld entstehen. Konkret kann dies zum Beispiel bedeuten, daß Geldscheine nur dann gültig sind, wenn der jeweilige Besitzer am Monatsende eine zu erwerbende Marke darauf klebt (wie in Freigeldversuchen

der 30er Jahre erfolgreich praktiziert wurde), oder daß bestimmte Geldserien nach dem Zufallsprinzip von der Notenbank aufgerufen (laut Bundesbankgesetz kann die Bundesbank schon heute Geldserien einziehen) und gegen einen etwas geringeren Betrag eingetauscht werden. Um die Grundidee noch einmal ganz deutlich zu machen: Wurden bisher diejenigen, die ihr Geld dem Kreislauf erneut zur Verfügung stellten, „belohnt“ (mittels Zins), so sollen nach freiwirtschaftlichen Vorstellungen diejenigen, die ihr Geld nicht erneut dem Kreislauf zur Verfügung stellen, „bestraft“ werden (mittels Nutzungsgebühr). Jeder wäre also gezwungen, sein Geld entweder direkt dem Kreislauf zur Verfügung zu stellen, indem er es ausgibt, oder indirekt, indem er es bei einer Bank zinsfrei anlegt, die es dann zinsfrei gegen geringe Gebühren verleiht. (Es bestünde also kein Konsumzwang!)

Damit das Geld aber auch seine Funktion als Wertmaßstab und Wertaufbewahrungsmittel erfüllen kann, muß es inflationsfrei sein. Diese Forderung ist in einer freiwirtschaftlich organisierten Wirtschaft schon deswegen viel leichter zu realisieren, da die Inflation in ihr ihre Funktion als Umlaufsicherung verliert. Daneben bedarf es einer unabhängigen Notenbank, die mittels einer Beobach-

tung des Großhandelsindex die Geldmenge dem Bedarf ständig anpaßt und so eine Entwertung des Geldes verhindert (Der Großhandelsindex bezieht die Preise, die der Großhandel für Produkte zahlt. Er reagiert sehr viel schneller auf Veränderungen, so daß die Geldmenge angepaßt werden kann, bevor die Verbraucherpreise sich ändern.).

Die Bodenfrage läßt sich sowohl steuer-, als auch sachrechtlich lösen, indem entweder ungerechtfertigte Gewinne durch Steuern abgeschöpft werden, oder auf evolutionärem Wege mittels Erb- und Bodenrecht das Privateigentum an Boden durch ein Erbpachtssystem ersetzt wird.

Während der Kapitalismus das private Eigentum und die private Nutzung an Boden vorsieht und der Kommunismus das staatliche Eigentum und die staatliche Nutzung, sieht die Freiwirtschaft einen gemeinschaftlichen Besitz (z. B. durch die Gemeinden) und private Nutzung (Erbpacht) vor.

Die Durchführung dieser Reformen wäre problemlos im Rahmen des Grundgesetzes möglich: Lediglich das Bundesbankgesetz sowie Passagen des Erb-, Boden- und Wirtschaftsrechtes müßten geändert werden, um aus der kapitalistischen eine freiwirtschaftliche Ordnung zu machen!

Silvio Gesell

Die oben ausführlich dargestellten Vorschläge wurden zum erstenmal von **Silvio Gesell** (1862 - 1930) in seinem 1916 veröffentlichten Buch „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ NWO unterbreitet. In diesem Buch forderte er u. a. auch damals völlig utopische Dinge wie die Abschaffung der Golddeckung der Währung und eine unabhängige Notenbank sowie eine Indexwährung. Heute sind diese Dinge selbstverständliche Realität.

Dies spricht ebenso für die Realisierbarkeit freiwirtschaftlicher Ideen wie die Freigeldversuche zu Beginn der 30er Jahre, von denen insbesondere der erfolgreiche Versuch in der österreichischen Marktgemeinde Wörgl/Tirol zu nennen ist, der gerade wegen seines Erfolges von der Regierung per Erlaß beendet wurden (da sich ca. 170 weitere Gemeinden für das Experiment interessierten, sah die Nationalbank ihr Monopol gefährdet!).

Sowohl in den politischen Parteien, bei Umweltschützern und in kirchlichen Kreisen wird „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ von Silvio Gesell vermehrt diskutiert. Bitte machen auch Sie sich mit dieser Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus bekannt. Schicken Sie bitte den Coupon zurück. Es lohnt sich für Sie!

W. Schmülling, Redakteur DER DRITTE WEG



Warum verleiht der Kapitalgeber sein Geld nicht ohne Zins? Haben wir es mit Teufeln zu tun? Nein!

In wirtschaftlichen Dingen gibt es keinen Altruismus. Deshalb muß man das Geldsystem - um den Armen zu helfen - so organisieren, daß der Zins gegen Null tendiert.

„Seit 3000 Jahren, seit Lykurg, suchte man nach der Quelle des Zinses. Vergeblich. Mir gelang es, sie im herkömmlichen Gelde festzustellen.“ (Silvio Gesell)

Die Monatszeitschrift DER DRITTE WEG kommentiert das Zeitgeschehen nach den Erkenntnissen Silvio Gesells. Lassen Sie sich unverbindlich und kostenlos zwei Probeexemplare schicken. Eine faszinierende Idee erwartet Sie!

Redaktion DER DRITTE WEG,

Wilhelm B. Schmülling, Ertstraße 57, D-45219 Essen, Telefon 0 20 54 / 8 16 42
auch per FAX: 8 49 55

Bitte füllen Sie diesen Coupon aus und schicken Sie ihn an die

Redaktion
DER DRITTE WEG
Wilhelm B. Schmülling,
Ertstraße 57 45219 Essen,
Tel. 0 20 54 / 8 16 42, FAX 8 49 55

Info-Coupon

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich zwei Probeexemplare Ihrer Zeitschrift DER DRITTE WEG. Kein Folgeabo, keine Verpflichtung!

Wenn Sie uns 2,- DM in Briefmarken, als Portoanteil zuschicken, sind wir sehr dankbar!

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

*) Silvio Gesell entdeckte weitere Gesetzmäßigkeiten des Geldes.

Zeitgenossen über Silvio Gesell (1862 - 1930) :

- „Der Kapitalismus macht wenige reich, viele arm. Der Kommunismus macht alle arm. Die natürliche Wirtschaftsordnung Silvio Gesells wird alle wohlhabend machen.“ - Prof. Dr. Ernst Schneider, Seminardirektor (Schweiz)
- „Die Freiwirtschaft ist naturgegeben. selbst wenn Gesell niemals gelebt hätte, würde die Welt schließlich zur Freiwirtschaft kommen; nur würde es länger dauern...“ - Lord Northbourne (englischer Sozialreformer)
- „Ich freue mich an dem glänzenden Stil von Silvio Gesell. Die Schaffung eines Geldes, das sich nicht horten läßt, wird zur Bildung von Eigentum in anderer, wesentlicherer Form führen.“ Albert Einstein, Nobelpreisträger (In „Mein Weltbild“)
- „Nach Jahren des eifrigsten Forschens in den Werken der Volkswirtschaftler... entdeckte ich Gesells großes Meisterwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“. Sofort erkannte ich ihre grundlegende Bedeutung. Ich bin vollständig und endgültig davon überzeugt, daß Gesells Entdeckung der größte Beitrag zur menschlichen Wohlfahrt ist, der je gemacht werden konnte.“ - E.S. Woodward, Nationalökonom in Victoria (Brit. Col.)
- „Wenn ich Professor der Logik wäre, würde ich die „natürliche Wirtschaftsordnung“ als Lehrbuch nehmen, denn hier könnte jeder Student am praktischen Beispiel sehen was Logik ist und wie sie angewendet werden muß.“ - Prof. Dr. Risson Hamburg
- Freiland und Freigeld sind der goldene Schlüssel zu den nationalen Wirtschaftsproblemen. Gesell ist als Kant der Volkswirtschaftslehre gefeiert worden und er ist der Gründer einer Schule, die in allen Teilen der Welt Boden gewinnt; sogar in den entferntesten Teilen der Erde, in Australien in China und Japan.“ - Satyabrata Ray, Indien, Mitarbeiter Gandhis
- „In Wörgl (Tirol) ist, angeregt durch die Theorien Silvio Gesells und der davon ausgehenden freiwirtschaftlichen Bewegung, ein sehr beachtenswerter Versuch unternommen worden. Ich habe mir die Sache selbst angesehen und lange mit dem Bürgermeister verhandelt. Auch ich würde in meiner Heimatstadt, falls sie einer solchen erschreckenden Krise verfallen sollte, dieses System versuchen.“ - Eduard Daladier, französischer Ministerpräsident (1934)
- „Bekannt geworden ist Silvio Gesell als Wissenschaftler. Und hier überrascht die Zahl der Veröffentlichungen, an der sich viele Professoren ein Beispiel nehmen können, und zwar nicht nur quantitativ.... Silvio Gesell konnte - was schließlich völlig unbekannt ist, und von den wenigen Kennern ignoriert wird - eine „Schule“ begründen. Derartiges ist ohnehin nur wenigen Wissenschaftlern vergönnt gewesen.... es ist nicht leicht, diese Gruppe als ‚Sektierer‘ abzutun, aber wesentlich schwerer, ihr Engagement zu verstehen (was manche ihrer Kritiker vom Intellekt her zu überfordern scheint).... Gesell entwickelte geniale Konzeptionen und wurde vergessen, während die jeweiligen, weniger genialen Zeitgenossen einige Generationen blendeten, ehe sich auch hier die Vorstellung einer Falsifizierung durchsetzte.“ - Prof. Dr. Oswald Hahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen - Nürnberg, zur fünfzigsten Wiederkehr des Todestages Silvio Gesells in „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ (Heft 6/1980, S. 211f).
- „Gesell, der bedeutendste von allen auf dem Gebiet des Geldwesens; tatsächlich der einzige Genius.“ - T.W. Hughes (englischer Dozent und Schriftsteller).
- „Die Natürliche Wirtschaftsordnung Gesells ist eines der bedeutendsten Werke der Welt. Sie wird den Wust beseitigen, der sich durch die Jahrhunderte um die Wirtschaftsfragen angehäuft hat“ Paul E. Anderson, Prof. der Nationalökonomie.
- „Freigeld, richtig angewendet, würde die USA in drei Wochen aus der Krise herausführen. Ich bin ein bescheidener Schüler dieses deutsch - argentinischen Kaufmannes.“ - Prof. Dr. Irving Fisher, Yale Universität (in einem öffentlichen Referat in Toronto.)
- Hans Blüher (1888 - 1956 Vertreter der kritischen Philosophie nach Immanuel Kant): „Die Ökonomie befindet sich in dem Zustand, in dem sich die Physik befand, bevor Newton die Gravitationsgesetze entdeckte. Erst die Entdeckung der Geldgesetze durch Gesell kann die Ökonomie in den Rang einer Wissenschaft heben, deren Aussagen auch Notwendigkeit besitzen.“

FSU

FREISOZIALE UNION

- DEMOKRATISCHE MITTE -

Der Parteivorstand

Standortklärung der FREISOZIALEN UNION - Demokratische Mitte - FSU

Die Erfolge bei der Verbreitung der freisozialen Grundsatzforderungen auf dem Geld- und Bodensektor haben zu erfreulichen Diskussionen geführt. Dabei wird unser Anliegen zur Schaffung einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weitgehend anerkannt. Auch die auf Silvio Gesell fußenden Reformvorschläge des Geld- und Bodenrechts werden vom Ansatz her befürwortet, unterschiedlich sind jedoch die Auffassungen über Details. Insbesondere Wirtschaftswissenschaftler gleichen Ihre Erkenntnisse auf Spezialgebieten mit unseren Forderungen ab. Entsprechend sind ihre Ergänzungsvorschläge.

Dabei erleben die Verfechter der freiwirtschaftlichen Theorie des öfteren eine auf Mißverständnissen beruhende Haltung der Kritiker. So sind sie der Meinung, Freiwirtschaftler würden in jeder Frage auf das Grundlagenwerk von Silvio Gesell: „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ zurückgreifen und eine Theorie, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts konzipiert wurde, unkritisch auf die heutige Zeit übertragen, ohne die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu berücksichtigen.

Dazu erklärt die FSU:

Die wirtschaftspolitischen Forderungen nach einer Reform des Geld- und Bodenrechts sind die Grundsatzforderungen der FSU. Die sich daraus ergebenden Einzelheiten bei der Umsetzung unterliegen den jeweiligen technischen Möglichkeiten.

Als Beispiel diene die Technik der Umlaufsicherung des Geldes. Heute gibt es - entsprechend der techni-

schen Entwicklung - weitaus bessere Vorschläge. Jedoch ist Gesells Forderung nach einem ständig nachfragehaltenden Geld auch heute der richtige Ansatz, die optimale technische Durchführung eine Angelegenheit der Währungsbehörde zum Zeitpunkt der Einführung.

Ein anderes Beispiel sei die Bodenreform. Gesells Vorschlag, das Privateigentum an Grund und Boden über den Rückkauf durch die Allgemeinheit abzulösen, ist die zweite Grundsatzforderung der FSU. Ob es bei Einführung dieser Reform zweckmäßig ist, die Gemeinden, die Länder oder einen Landesbodenfonds mit der Verwaltung der zurückgekauften Flächen zu betrauen, ist eine dann zu fällende demokratische Entscheidung. Auch die Verwendung der aus der Bodenverpachtung einkommenden Gelder unterliegt demokratischen Abstimmungen. Dabei könnte festgelegt werden, daß außer der Finanzierung eines Erziehungsgeldes (an Mütter bzw. Väter) auch Behinderte die gleichen Anteile erhalten. Gesells Vorschlag für ein spekulationsfreies Bodenrecht und zur Vergesellschaftung der Bodenrente ist auch heute der richtige Ansatz. Angesichts der enormen Bodenspekulation, besonders in den neuen Bundesländern, war diese Forderung noch nie so aktuell wie heute.

Damit dürfte eindeutig klar sein: Die Grundforderung der FSU beinhaltet lediglich eine Reform des Geld- und Bodenrechts. Alle Einzelvorschläge, wie sie zu Zeiten Gesells richtig gewesen sein mögen, sind nicht Bestandteil freiwirtschaftlicher Forderungen für eine moderne „Natürliche Wirtschaftsordnung“.

Die beiden genannten Reformen sind Voraussetzung für das Gelingen so manch anderer notwendigen staatlichen Maßnahmen, sei es im Umweltschutz, beim Abbau der Rüstung, bei der Rückführung der Staatsschulden, der gesicherten Finanzierung der Renten und des gesamten Sozialsystems sowie dem Abbau der Steuern.

Für die soziale Absicherung von Kindern, Alten, Rentnern und Nichtleistungsfähigen hat der Staat die Rahmenbedingungen zu setzen und zu überwachen, bzw. an Selbstverwaltungsorgane zu delegieren.

Selbstverständlich zählen in unserer heutigen Wirtschaftsordnung neben dem Geld- und Bodenmonopol auch wirtschaftliche Monopole und Kartelle zur sanktionierten Gewalt. Auch sie müssen abgebaut werden, denn jede Ausbeutung von Menschen durch wirtschaftliche Übermacht und Privilegien entwürdigt die Betroffenen. Während der Abbau wirtschaftlicher Übermacht durch die freisozialen Grundsatzforderungen eingeleitet wird, müssen Privilegien aller Art durch entsprechende Gesetze aufgehoben werden.

Werden diese über die Grundsatzforderungen hinausgehenden Vorschläge beachtet, so entbehrt der manchmal gehörte Einwand jeder Grundlage, die von der FSU angestrebte „Natürliche Wirtschaftsordnung“ sei ein monokausaler Reformvorschlag.

Mit gutwilligen Kritikern befinden wir uns in einer konstruktiven Diskussion. Das hat zum ständigen Überdenken der jeweils eigenen Positionen in sekundären Fragen geführt. Zu den sekundären zählen wir alle, die über die Grundsatzforderung des Geld- und Bodenrechts hinausgehen. Insbesondere gehören dazu auch Fragen der Weltanschauung und der Religion. Somit kann auch für die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ keine religiöse Ansicht und Weltanschauung festgelegt werden. Das bleibt autonome Entscheidung des einzelnen.

Die absolute Freiheit der Menschen, ihr Weltbild nach den persönlichen Erkenntnissen zu formen, beinhaltet gleichzeitig die unumschränkte Toleranz gegenüber allen Weltanschauungen und Religionen.

Das erfordert zwingend den Verzicht auf jede Gewaltanwendung.

Da die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ eine wirklich freie und auf Gegenseitigkeit beruhende Wirtschaft darstellt, kann und muß der Staat auf nahezu jede Gewaltanwendung gegenüber seinen Bürgern und anderen Völkern verzichten. Jede Gewaltanwendung gegenüber Bürgern, die den Waffendienst ablehnen, hat zu unterbleiben.

Auch die Verteidigung gegenüber Bedrohungen von außen kann nur auf dem Fundament eines gesicherten Bürgerfriedens gelingen. Ebenso hat der Staat sich jeder Drohung und Anwendung von Gewalt gegenüber andern Völkern, Volksgruppen und Rassen zu enthalten. Die gewaltsame Verschiebung von Grenzen ist ein absolutes Tabu. Alle Staaten, die in der Vergangenheit oder Gegenwart die Gewalt als Mittel der Politik einsetzten oder heute noch einsetzen, waren oder sind von Verbrechern geleitete Staaten. Totalitäre Systeme, gleichgültig ob sie sich als linke oder rechte bezeichnen, sind somit die schlimmsten Feinde des Friedens unter allen Menschen. In unserem Jahrhundert zählten dazu stalinistische, faschistische bzw. nationalsozialistische Staaten. Die freisozialen Grundsatzforderungen dienen dazu, solche barbarischen Systeme zu verhindern.

Wir distanzieren uns energisch von jeder Relativierung oder Beschönigung von Verbrechen, die im Namen der genannten Unrechtssysteme verübt wurden.

Das hier Dargestellte macht den Standpunkt der FSU deutlich, daß sie lediglich die ökonomischen Ansichten Gesells teilt, nicht aber seine staatsrechtlichen, philosophischen und religiösen Überlegungen. Vorwürfe, die sich auf diese Überlegungen beziehen, gehen am Standpunkt der FSU vorbei.

In absoluter Übereinstimmung steht die FSU allerdings mit Gesells Forderungen nach dem Aufbau friedlicher Verhältnisse unter allen Menschen, allen Rassen und allen Völkern. Die schwierige Aufgabe, dafür allgemeines Verständnis zu gewinnen, haben wir - zusammen mit vielen Freiwirtschaftlern - übernommen. ■

Leser sprechen sich aus

„Meinungen unkonventioneller Art können nicht verhindert werden“

In einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Mitarbeitern des „Collegium Humanum“ (CH) hätten sich diese am vergangenen Freitag, so Vorstandsmitglied Ursula Haverbeck-Weitzel in einer Zusage mit uns, im Vlothoer Anzeiger veröffentlichten Angriffe und Diffamierungen gegen das CH“ beschäftigt. Wegen Überlänge können wir die Zusage nur auszugsweise veröffentlichen. Es heißt darin weiter:

„Es wurde eingehend untersucht, welche Veranlassung zu den Vorwürfen der Verletzung von Grundrechten in der NS-Zeit vermissen oder gar von „neofaschistischen Tendenzen“ im CH sprechen. Dabei wurde festgestellt, daß weder der Charakter noch die Durchführung von Veranstaltungen noch der Teilnehmerkreis eine solche Anschuldigung rechtfertigen.“

Im übrigen obliegt keiner Bildungsstätte, die Gesinnung ihrer Lehrgangsteilnehmer zu prüfen. Auch kann nie verhindert werden, daß Meinungen unkonventioneller Art oder entsprechenden Schrifttum bei solchen Gelegenheiten weitergegeben werden. Es wurde noch einmal mit Nachdruck festgestellt, daß für das CH nach wie vor die in der Präambel seiner Satzung 1963 festgelegte Zielsetzung verbindlich ist.

Das Schwergewicht der Lägigkeit hat sich dabei im Laufe der Jahre verschoben von der Industriepädagogik zur Ökologie und jetzt, nachdem kein Minister mehr umhin kann, von den ökologischen Problemen zumindest zu sprechen, wird offenbar die Frage nach demokratischen Verhaltensweisen zentrale Aufgabe.

Wir müssen feststellen, daß alle politischen Vorwürfe sich auf geäußerte Meinungen beziehen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um die von einer einzelnen Person als persönliche Ansicht dargestellte Meinung, von der niemals behauptet wurde, daß es sich dabei um die Ansicht des Vereins oder aller Mitglieder handele. Einzelne Mitglieder haben zum Beispiel in der Ausländerfrage entgegengesetzte, mehr emotional begründete Meinungen, als die von Werner Haverbeck in der verabschiedeten Fassung des „Heidelberger Manifests“ vertretene politisch notwendige Weichenstellung.

Bei ruhigem Nachdenken kann daraus weder eine Ausländerfeindlichkeit noch eine Befürwortung weiterer Umweltzerstörung abgeleitet werden, sondern es ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, gemeinsam zu überlegen, wie sowohl eine Verstärkung der Ausländerfeindlichkeit – was bei Beibehaltung der bisherigen SPD-Politik in diesem Sektor erfolgen würde – noch eine

beschleunigte Umweltzerstörung – was ein verstärktes Industriewachstum zur Beschäftigung der dann notwendigen zusätzlichen Arbeitsplätze mit sich bringen – verhindert werden können.

Zehn Jahre lang bis zum Meadows-Bericht 1972 war es nahezu unmöglich, in der Öffentlichkeit das gefeierte experimentelle Wirtschaftswachstum in Frage zu stellen. Nur ein „völliger Ignorant“ oder ein „moskauhöriger Kommunist“ der unserer Wirtschaft schaden wollte, konnte so etwas vertreten. So wurde derjenige beschimpft, der eine solche Frage dennoch wagte. Deswegen hatte aber die allgemeine öffentliche Meinung noch lange nicht recht. Wir wissen das heute.

Jetzt wird vielleicht noch schärfer die Meinung bekämpft, daß die Kriegsausgaben im 20. Jahrhundert andere seien als die öffentlich propagierten. So etwas kann nur ein „Neofaschist“ oder „Rassist“ in Frage stellen, wird jetzt gefordert.

Da die Bedrohung des Friedens für alle Menschen in Ost und West spürbar zunimmt und viele von uns ganz klar erkannt haben, daß ein 3. Weltkrieg das Ende von zumindest Mitteleuropa bedeuten würde, kann die Unterbindung einer sachlichen und gleichberechtigten Erörterung der entgegengesetzten Meinungen zu dieser Frage lebensgefährlich für uns alle sein.

Es ginge der Erde und den Menschen auch besser, wenn spätestens ab 1973 die Kritik am Wirtschaftswachstum und seinen Folgen ernstgenommen und zur Grundlage unseres Wirtschaftsverhaltens gemacht worden wäre. Vielleicht könnten wir dann noch heute mit einem Baum, wie grün sind deine Blätter“ zu Weihnachten singen.

Ich hoffe nur, daß keiner sagt, es gäbe ja inzwischen Plastiktannenbäume!

Wer verfolgt eigentlich gegenwärtig Andersdenkende und will sie moralisch und wirtschaftlich fertig machen?

Wer tritt für „Bücherverbrennungen“ ein?

Wer will Kritik an einer öffentlichen Lehrmeinung verhindern?

Wer spricht einem Volk Selbstachtung und damit Selbstbestimmung ab, und tut er das damit nicht zugleich für alle Völker?

Sind nicht das alles Kriterien von „Faschismus“, so wie ihn schon 1932 junge Nationalsozialisten bekämpft und abgelehnt haben? Sie haben damals nicht aus Angst vor den wirtschaftlichen Konsequenzen und dem Druck der öffentlichen Meinung klein beigetragen und sich nicht zu Handlangern einer menschenverachtenden Politik machen lassen, und sollten wir, auf dem Boden des Grundgesetzes, hier nicht erst recht Widerstand leisten?

Der Verein „Collegium Humanum“ versucht, demokratischen Verhaltensweisen auch in dieser Frage Raum zu geben, gerade weil wir uns von Kriegsdienst und Verfolgung Andersdenkender entschließen distanzieren.

Ursula Haverbeck-Weitzel
(Mitglied des Vorstandes des Collegium Humanum e.V.)
Brethorstrabe
4973 Vlotho

Schweinehästände ermaait naf

Gedanken zum Sonntag, 3. Advent

O Heiland, reiß die Himmel auf

Von Pfarrer Kurt Kükenhoner, Vlotho-Wehrendorf

O Heiland, reiß die Himmel auf,
herab vom Himmel lauf;
O Heiland, reiß die Himmel Tor und Tür,

rufen worden. Jesus Christus ist
in die Welt gekommen, um alles

Der immer

28. 12. 82

Ursula Haverbeck

S. 24

A 71

19. 12. 94

Aus Briefen an die Redaktion

»Wer noch zu dergleichen aufruft«

Zur Ankündigung und zur Berichterstattung über die Protestkundgebung gegen das Collegium Humanum:

»Man muß sie hören bedeu«, alter westfälischer Grundsatz.

Zweimal wurde im Westfalen-Blatt ausführlich über die Demonstration am 3. Dezember 1994 berichtet aufgrund der öffentlichen Bekanntgabe durch die Initiatoren, zu denen insbesondere Peter Sundermann gehört, der nach eigener Aussage nun schon mehr als zwölf Jahre gegen das CH kämpft.

Auffällig ist, daß immer wieder für die Gefährlichkeit des CH eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz angeführt wird, und dann als Beweis auf den Verfassungsschutzbericht 1984 verwiesen wird. Es gibt offenbar keinen anderen Verfassungsschutzbericht, der das CH erwähnt. Andernfalls würde bestimmt dieser herangezogen. Auch wir könnten in keinem anderen Verfassungsschutzbericht den Namen des CH entdecken. 1984 aber wird nicht das CH oder Prof. Haverbeck als verfassungsfreundlich genannt, sondern ein AHK (Anmerkung der Redaktion: »AHK« steht hier für den »Vorbereitungsakt zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers«) welcher in den Räumen des CH sich getroffen haben soll. Dies würde schon mehrmals in Vlothoer Zeitungen richtiggestellt. Es ist unverständlich, wenn immer wieder die gleiche falsche Angabe wiederholt wird.

In der Zeitung war zu lesen, daß das CH »seit Jahren für Negativschlagzeilen Sorge«. Nun, für die Schlagzeilen sorgen nicht wir, sondern diejenigen, die mit ihren Verdächtigungen immer wieder an die Öffentlichkeit gehen. Siehe Seminare auf dem Jugendhof oder jetzt diese Demonstration. Es ist dabei erstaunlich, daß ein Stadtratsmitglied, das eigentlich die Interessen der Bürger zu vertreten hat, erklärtenmaßen mehr als ein Jahrzehnt gegen eine Bildungseinrichtung kämpft, an deren Veranstaltungen er nie teilnahm. Er ruft zu wirtschaftlichem Boykott auf und will das CH aus allen Stadtplänen auslöschen - nur aus den Stadtplänen? Durch solche in der Öffentlichkeit abgegebenen Erklärungen kann es in der gegenwärtigen aufgeheizten Situation durchaus möglich sein, daß unbesonnene Jugendliche einen Auftrag daraus ableiten, wie z. B. den Brandanschlag 1986.

Alle genannten Verhaltensweisen - Boykott, Kampf, Auslöschen - sind Verhaltensweisen, die Faschisten unterstellt werden. Damit wäre eigentlich der wirkliche Faschist derjenige, der heute immer noch zu vergleichen aufruft.

Zu den inhaltlichen Vorwürfen von Peter Sundermann auf der Demonstration am Sonnabend, 3. Dezember 1994, in Vlotho:

1. Daß Prof. Dr. Haverbeck als junger Mensch im Dritten Reich engagiert war, hat er gemeinsam mit solchen Persönlichkeiten wie den ehemaligen Bundeskanzlern Dr. Helmut Schmidt und Dr. Kiesinger, dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden Heinz Vetter, Ernst von

Weizsäcker, Horst Ehmke (SPD-Bundesminister) und vielen anderen.

2. Daß er sich aufgerufen fühlt, wie es der Eid des Bundespräsidenten und aller Minister fordert, »dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen«, hat er gemeinsam mit den ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann und Prof. Dr. Karl Carstens, mit dem zum Bundespräsidenten von Helmut Kohl vorgeschlagenen, aber nicht gewählten, Steffen Heitmann, Dr. Alfred Herrhausen und hoffentlich allen gegenwärtig amtierenden Ministern, die diesen Eid geleistet haben.

3. Daß er die gegenwärtige Parteienwirtschaft mit ihren Skandalen für wenig geeignet hält, das deutsche Volk zu vertreten, hat er gemeinsam mit Männern wie Erhard Eppler (SPD), dem bekannten Publizisten und Chefredakteur von Impulse/Capital Johannes Gross, dem Chefredakteur des Spiegels Rudolf Augstein und sehr sehr vielen anderen.

4. Daß er die allgemein beklagte Parteienverdrossenheit und das Anwachsen der Nichtwählerschaft als Zeichen für die Notwendigkeit einer grundsätzlichen politischen Wende hält, hat er gemeinsam mit dem FDP-Mitglied Prof. Dr. Rohrmoser, dem MdB Uwe Greve (CDU), mit Prof. Kurt Biedenkopf, aber auch mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Marion Gräfin Dönhoff, wie unschwer aus der vielbesprochenen Schrift »Weil das Land sich ändern muß« zu entnehmen ist.

Es wäre völlig absurd, diese ganzen Persönlichkeiten des Rechtsextremismus und Faschismus zehnen zu wollen, denn das wäre die logische Konsequenz, wenn derartige Verhaltensweisen als Begründung für den Extremismus von Prof. Haverbeck angeführt werden. Wir möchten auch darauf hinweisen, daß der kürzlich verstorbene Robert Jungk zu der Arbeit von Prof. Haverbeck folgendes schrieb: »Das Werk von Haverbeck hat mich angetegt zu neuen Einsichten und zur Auseinandersetzung. Daß der Autor sich über die notwendige Kritik hinaus bemüht, eine positive Veränderung der Technik geistig einzuleiten, erscheint mir besonders wichtig. Er gehört damit zu den geistigen Vätern einer Wende, die herbeizuführen mit jedem Tag dringender wird.«

Diese Feststellung galt nicht nur dem in 4. Auflage erschienenen Buch »Die andere Schöpfung - Technik ein Schicksal von Mensch und Erde«, sondern auch dem CH, das Jungk anlässlich eines Besuches hier bei einem Seminar als »Zukunftswerkstatt« bezeichnete. Für den Vorstand des Collegium Humanum

Gisela Dick
Ursula Haverbeck-Wetzel
Breitthorststraße 199
32602 Vlotho

S. 25

10.2.1995

An Herrn Bürgermeister Sturhahn
und Herrn Stadtdirektor Zülka

Stadtverwaltung Vlotho

Sehr geehrte Herren!

Infolge Erkrankung und Todesfall in meiner Familie kann ich erst verspätet meiner Betroffenheit über Ihrer beider ungewöhnlichen Leserbrief Ausdruck verleihen.

Ich erinnere mich der Zeiten, in denen zwischen der Vlothoer Stadtverwaltung und dem COLLEGIUM HUMANUM durch lange Jahre hindurch nicht nur das beste Einvernehmen, sondern auch eine außergewöhnliche Zusammenarbeit bestand: nicht wenige Bürger werden sich erinnern, daß mit Unterstützung von Stadtdirektor Volkmann (SPD) das COLLEGIUM HUMANUM den Winterberg mit freiwilligen jungen Helfern aus verschiedenen Ländern nach dem Mißbrauch als Vlothoer Müllgrube entrümpelten und ihm mit der Pflanzung von 10.000 von der Forstverwaltung zur Verfügung gestellten Bäumen ein neues Gesicht gaben. Dem folgten die gemeinsame Anlage von Kinderspielplätzen (Topsundern und Wehrendorf) und eines "Trimm-Dich-Pfades" auf der Ebenöde. Besuche des damaligen Bürgermeisters Kaiser (CDU) und des erwähnten Stadtdirektor Volkmann sowie gelegentliche Teilnahme an unseren Seminarveranstaltungen im COLLEGIUM HUMANUM waren keine Seltenheit. Dies Eingebettetsein in das bürgerliche Leben veranlaßten z.B. Robert Jungk, einem frühen Warner vor dem Atomstaat, das COLLEGIUM HUMANUM eine "Zukunftswerkstatt" zu nennen, und den Alt-Bundespräsidenten Gustav Heinemann, sich um eine finanzielle Förderung zu bemühen.

Bis nach Ablösung jener Stadtregierung ein inzwischen herangewachsenes junges SPD-Mitglied aus uns bis heute unverständlichen Gründen uns zu verleumden begann und, wie er offen erklärte, seit 12 Jahren gegen das COLLEGIUM HUMANUM kämpft. Ein Verhalten, das mit dem Mandat eines Stadtrates unvereinbar ist.

Daß Sie, Herr Sturhahn und Herr Zülka, sich einer solchen Hetzkampagne anschließen und den beleidigenden Begriff "rechter Sumpf" aufnehmen, ohne maßgebende Persönlichkeiten des COLLEGIUM HUMANUM oder mich als langjährigen Leiter dieser Initiative zu befragen, ist eine ungewöhnliche und demokratisch nicht zu verantwortende Handlungsweise. "Audiatur altera pars" (Man höre auch die Gegenseite). Als in der "Weimarer Republik" Aufgewachsener habe ich bis jetzt die Vorstellung guter Demokraten gehabt, daß ein Bürgermeister "der erste Bürger" seiner Stadt sei und damit - aus welcher Partei auch immer gewählt - allen Bürgern gemeinsam verpflichtet ist. Dieses demokratische Ideal, mit dem ich aufgewachsen bin, sehe ich verraten, wenn Sie im Verein mit unserem Stadtdirektor sich in einem von persönlicher Verunglimpfung nicht freien Leserbrief in aller Öffentlichkeit und im Widerspruch gegen den von der kommunalen Polizei erbetenen und gewährten Schutz der letzten Veranstaltung des COLLEGIUM HUMANUM auf die Seite von gewalttätigen Autonomen stellen, die gegen das gesetzliche Verbot von Vermummung mit angemaßter Gewaltausübung die von auswärts anreisenden Seminarteilnehmer am Betreten des Seminargebäudes zu hindern versuchten, bis schließlich ein Polizeikommando der nicht angemeldeten und daher illegalen Demonstration ein Ende bereitete. Es ist

dies ein wohl erstmaliger Vorgang in der durch ihre qualitativ hochstehenden offenen Bildungsangebote einst weithin bekannten We-
serstadt. Ihre Aufforderung zur "Trockenlegung" des von Ihnen ge-
bräunten "Sumpfes" läßt Weiteres erwarten. Eine öffentliche Zu-
rücknahme dieser Beleidigung ist dringend geboten. Schließlich
richtet sie sich auch gegen eine Vielzahl von Behörden, die hier
mitgewirkt haben wie z.B. der Regierungspräsident, das Bundesar-
beitsamt, das Landwirtschaftsministerium NRW und Vertreter ver-
schiedener Hochschulen.

Ist Ihnen dabei bewußt, daß Sie sich durch Ihre öffentliche ein-
seitige Stellungnahme vor Autonome und Chaoten stellen, die nach-
weislich antidemokratisch und extrem gewaltbereit sind. Auf das
Konto dieser Gruppen gehen nicht nur bei der Veranstaltung des
COLLEGIUM HUMANUM zerstochene Autoreifen von Seminarteilnehmern,
Hetzparole auf der Straße und Hausschmierereien, sondern höchst-
wahrscheinlich auch die frühere folgenschwere Brandstiftung im Se-
minarhaus. Ihr Parteimitglied und Stadtrat ermuntert offen zu sol-
chen strafbaren Handlungen. Ihr Offener Brief, veröffentlicht in
Vlothoer Zeitungen, tut dies ebenfalls. Sollten in Zukunft weitere
solche Anschläge erfolgen, werden diese als Folge Ihrer Parolen
Ihnen als "Schreibtischtäter" zur Last gelegt werden müssen.

gez. Werner Georg Haverbeck

em. Prof. der Sozialwissenschaften an der FH Bielefeld

Aus Briefen an die Redaktion

Vlothos Rat gibt Rechtsstaat preis

Der Rat der Stadt Vlotho hat sich in seiner Februar-Sitzung öffentlich von den »Aktivitäten des Collegium Humanum« distanziert (Bericht im TAGEBLATT vom 18. Februar). Dazu Auszüge aus einer Stellungnahme der Seminarstätte an der Voßgrund:

Jetzt liegt er vor, der Verfassungsschutzbericht (Vsb) 1993. Das angeblich so verfassungsfreundliche Collegium Humanum (CH) ist darin nicht zu finden, wohl aber die Autonomen und Antifragruppen. Sie gehören zu den besonders militanten und gewaltbereiten Gruppen in der Bundesrepublik. Ihr Kampf richtet sich nach eigenen Aussagen nicht nur

gegen von ihnen selbst eingestufte »Nazis«, sondern da heißt es ganz offen: »Wir lassen uns nicht auf die Auseinandersetzung mit Nazis reduzieren. Der Widerstand hier und heute heißt auch die Konfrontation mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie« (aus einer Broschüre der Autonome Antifa G. Frankfurt).

Wenn der Vlothoer Stadtrat sich wie berichtet - einstimmig vor die Zusammenarbeit eines SPD-Stadtrates mit Vertretern von Antifragruppen stellt, wenn er eine nicht angemeldete Demonstration und eine ebenso illegale Vermummung von Demonstranten toleriert und, besonders schlimm, deren gewalttätige Zerstörung von Privateigentum, dann heißt das letzten Endes nichts anderes, als daß der Vlothoer Stadtrat den Rechtsstaat

preisgibt.

Bisher hat noch niemand dem CH verfassungsfeindliche oder gewalttätige Aktionen unterstellt oder nachgewiesen. Es wird lediglich bis zum Überdruß auf den Satz des Verfassungsschutzberichtes 1984 hingewiesen, in dem von einer Gruppe berichtet wird, die angeblich in den Räumen des CH ein Vorbereitungsgespräch für den 100. Geburtstag Hitlers geführt haben soll. Selbst wenn dies bisher unbewiesene Gespräch stattgefunden haben sollte, so würde dadurch weder unsere Verfassung noch die staatliche Sicherheit in irgendeiner Weise bedroht. Vergleichen mit den wirklich gemeingefährlichen Aktionen der Antifaszene ist es eine geradezu lächerliche Begründung für Aufrufe zur Boykottierung und Bekämpfung des CH bis hin zur Distanzierung des gesamten Rates der Stadt Vlotho und einer auf diese Weise durch Rufmord verfolgten Bil-

dungseinrichtung.

Vielleicht kommen später denkende Menschen einmal zu dem Ergebnis, daß in Vlotho in den 80er und 90er Jahren dieses Jahrhunderts nur noch eine Bildungseinrichtung sich vorbehaltlos für die Grundrechte der Demokratie einsetzte, konsequent jede Gewalt ablehnte und auch bereit war, für ihre Überzeugung offen einzutreten und dafür Prügel einzustecken.

Ursula Haverbeck-Wetzel
Bretthorstraße 199
32602 Vlotho

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar, sie werden aus Ziffern, die an das WESTFALEN-BLATT gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihres Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, bei denen die Nennung des Absenders unerwünscht ist, werden nicht veröffentlicht.

SANTIAGO
FERNANDES



a Reliquia bárbara

de Bretton Woods ao FMI no Rio

Sobre o Autor

Santiago Fernandes, do Banco do Brasil, teve sua iniciação nos estudos de Economia, em 1942, nos E.U.A. como beneficiário de uma bolsa de estudos, com especialização em sistemas bancários centrais e comerciais, havendo estagiado no *Federal Reserve Bank* e no *Chase Bank* de Nova York, além de realizar cursos no *Institute of American Banking* e na Universidade de Columbia.

Como resultado de suas "Notas de Wall Street" (1943) publicou ainda outros dois "O Trabalho nos Mundos do Mundo". No campo da Economia Monetária, seu primeiro trabalho "Gold — A Barbarous Relic", do qual este livro é um desenvolvimento, foi publicado em 1944, ainda nos E.U.A.

Estreou presente, no mesmo ano, à Conferência Monetária Internacional de Bretton Woods, que criou o F.M.I., na comissão de adido à Delegação Brasileira, da qual participaram Roberto Campos, Otávio Bulliões e Eugênio Gudin.

Em 1951, realizou trabalho pioneiro em nossa moeda, para o de divulgar com o pseudônimo de Ricardo Mirreque, pelas colunas de "O Jornal", as publicações da "Teoria Geral" de Keynes relativamente aos erros da economia clássica e da economia marxista.

Em 1952, participou da controversa Conferência Econômica Internacional de Moscou, permanecendo no capital soviético por 17 dias, o que lhe deu oportunidade de fazer observações e comentários (como economistas e filósofos soviéticos) relacionados com seus estudos críticos da economia e da filosofia marxistas.

Em 1954, publicou "A Miséria do Enigma da Filosofia no Brasil", como resultado de experiência vivida em um curso de filosofia da Faculdade Nacional de Filosofia da Universidade do Brasil, no Rio de Janeiro.

Em 1961, permaneceu por três meses na Alemanha, realizando particular investigação em torno da doutrina do "socialismo autônomo", do que fala Keynes na "Teoria Geral", referindo-se à obra de Silvio Gesell, como resposta a Karl Marx. A esse socialismo liberal, que remonta às idéias de Aristóteles e da Igreja Medieval (condenando o juro como amor e fructuosa) encontram-se aspectos positivos do análise de Keynes. Vinte e sete de no pronunciamento de Prudhom, adotando a reforma agrária pregada por Walter. Afinal esse socialismo que o vício da época não é a propriedade privada, mas sim a taxa de juros do dinheiro que decorre do atual sistema monetário.

Com o título "Costa, Marx e Keynes na Crítica de Constituição", fez o autor, em fins de março 1967, pela imprensa, a crítica das incongruências, no plano lógico e no campo econômico, da atual Magin Carta, expondo desvelada e apresentada em forma de livro.

Tem de em preparo para publicação o trabalho "La Théorie Universelle de la Monnaie, des Salaires et de l'Emploi", escrito com a colaboração do matemático e metrológico belga, Maurice Jacob, e que constitui o desenvolvimento do capítulo "The Choice of Units", da "General Theory" de Keynes, no qual se procura definir o dinheiro como a unidade de medida, dentro de uma forma modificada da teoria clássica e marxista do valor-trabalho, em análise de equilíbrio macro-dinâmico.

das entrinças da terra, e depois de beneficiá-lo e transportá-lo através dos mares, de novo sepultá-lo em arcas subterrâneas de bancos centrais ou nas casas fortes de Fort Knox, nos E.U.A.

Na segunda parte do trabalho, demonstra quanto o atual sistema monetário, permitindo o entescouramento de moedas de valor estável, como é o caso do dólar, causa malefícios aos países onde se faz tal entescouramento. E conclui que a solução para eliminar as desvantagens que disso decorrem somente poderá surgir da desmonetização do ouro e da transformação do F.M.I. numa câmara de compensação multilateral, como ponto de partida para outras reformas necessárias no campo nacional.

Na III parte, analisando o que tem sido a luta contra o padrão ouro no Brasil, considera o autor haver descoberto nos escritos de Mauá o mais vigoroso espírito científico que o Brasil já apresentou no campo da Economia Monetária.

OURO — A RELIQUIA BARBARA

Santiago Fernandes

Este livro contém uma análise crítica do anacronismo representado pela presença do ouro nos sistemas monetários de nossa época, bem como dos obstáculos que opõe ao desenvolvimento da Economia Política como ciência. Suggestiva o autor que enquanto não se cortar o cordão umbilical, simbolizado pelo fetichismo do ouro, instituindo-se a moeda, coerentemente, como unidade de medida e meio de troca, na teoria e na prática, a Economia Política permanecerá em estágio pré-científico.

Na primeira parte do trabalho, salienta o autor, por uma análise da política do ouro da Grã-Bretanha, da União Soviética e dos E.U.A., como, em 1944, na Conferência de Bretton Woods, foi perdida a oportunidade de se homologarem princípios científicos de validade universal que libertariam a Economia do irracional processo vigente de extraírem os honens o ouro

	Págs.
Prefácio Geral	IX
I PARTE	
OURO — A RELIQUIA BARBARA	
Prefácio à edição de 1952	3
Introdução	9
Cap. I — A Política do Ouro da Grã-Bretanha	15
<i>Keynes e a Reliquia Bárbara</i>	16
<i>Ouro e os Interesses Britânicos</i>	26
Cap. II — A Política do Ouro da União Soviética	29
<i>Sigilo em Torno do Ouro</i>	29
Cap. III — A Política do Ouro dos E.U.A.	38
<i>A Crise de 1929 e a Ansia de Ouro</i>	38
<i>A Ação do Presidente Roosevelt</i>	42
<i>O Fracasso das Profecias</i>	46
<i>O Preconceito Contra a Papel-moeda</i>	50
<i>O Comércio Internacional e o ouro</i>	51
Cap. IV — O Ouro nos Planos de Bretton Woods	55
II PARTE	
A RELIQUIA BARBARA 25 ANOS DEPOIS	
Cap. V — Refluxo do Ouro com Paradoxal	63
<i>Vantagem do Dólar</i>	63
<i>A Reação da França</i>	67
<i>O Problema Visto do Lado Americano</i>	72
<i>A Opinião Técnica Não-Oficial dos E.U.A.</i>	75
Cap. VI — A Solução Partidária do Plano Keynes	78
<i>A Reforma Monetária de Gesell</i>	81
<i>Dificuldades não são Impossibilidades</i>	84
III PARTE	
A LUTA CONTRA O PADRÃO OURO NO BRASIL	
Cap. VII — A Proposta Francesa de Retorno ao Padrão Ouro ..	87
<i>O Paradoxo da Tese de Gault-Rueff</i>	90
Cap. VIII — Renção Contraditória no Mito do Ouro	97
<i>A Apologia do Ouro par Chalandon</i>	103
<i>A Derrota da Tese Oficial</i>	109
Cap. IX — A Atualidade de Boisguillebert para a França e o Mundo	112
<i>O Dinheiro como "Perpetuum Mobile"</i>	114
Cap. X — Keynes e o Erro Fundamental de Marx	123
<i>Marx e a Moeda Metálica</i>	126
Cap. XI — Marx — Defensor do Padrão Ouro	135
<i>A "Contribuição à Crítica da Economia Política"</i> ..	138
<i>A Teoria do Dinheiro em "O Capital"</i>	141
<i>Consequências do Erro de Marx</i>	143
<i>Projeção do Erro de Marx na URSS</i>	145
APÊNDICES	
Notas Sobre a Matéria em Apêndice	195
I) "O Meio Circulante do Brasil" do Visconde de Mauá ..	199
II) A Doutrina de Joaquim Murinho	215
III) "Gold — A Barbarous Relic"	219



A 73

INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG e. V.

Literatur

1. im Buchhandel erhältlich:

Dieter Suhr/Hugo Godschalk, "Optimale Liquidität. Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept" Frankfurt a. M.: Knapp-Verlag 1986, 155 Seiten DM 17.50

Wera Wendnagel "Mama Moneta oder die Frauenfolge" (Roman) Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag 1990, 200 Seiten, DM 28.--

Hans-Joachim Werner: "Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung - 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" Münster und New York: Waxmann Verlag 1991, 140 Seiten, *DM 19.80*

Margrit Kennedy: "Geld ohne Zinsen und Inflation - Ein Tauschmittel, das jedem dient" München: Goldmann Verlag 1991, 250 Seiten, DM 14.80

Eckhard Grimmel "Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde" Reinbek: Rowohlt Verlag 1993, 176 Seiten, DM 12.90

Peter Kafka "Gegen den Untergang - Schöpfungsprinzip und globale Beschleunigungskrise" München: Carl Hanser Verlag 1994, 215 Seiten, DM 28.--

Helmut Creutz "Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" Frankfurt und Berlin: Ullstein Verlag 1994, 456 Seiten, DM 24.90

2. erhältlich direkt beim Gauke Verlag, Fachverlag für Sozialökonomie.

Postfach 1320, 24319 Lütjenburg, Tel./Fax 04381-70 12 - *bitte Preisliste anfordern!*

Elimar Rosenbohm "Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung der DDR" 1990

Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (Hg.) "Gerechtes Geld - Gerechte Welt / Auswege aus Wachstumszwang und Schuldenkatastrophe" 1992

Ernst Winkler "Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems" 1994

Karl Walker Ausgewählte Werke 1995

Bernd Senf "Der Nebel um das Geld - Zinsproblematik, Währungssysteme und Wirtschaftskrisen" 1996, 254 Seiten, DM 29.80

Andreas Rams und Norman Ehrentreich "Arbeitslosigkeit - wie kann sie überwunden werden?" 1996

Silvio Gesell Gesammelte Werke in 18 Bänden 1988 - 1997

S. 30

3. erhältlich direkt von der Geschäftsstelle der INWO in Frankfurt am Main.

Max Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt, Tel./Fax 069-56 31 68

Fritz Schwarz: **Das Experiment von Wörgl**, Reprint INWO Schweiz 1996, 80 Seiten, DM 10.--

Thomas Estermann, Matina Hämmerli, Bruno Jehle: **Alternative Geldmodelle**, zwei Beiträge zur praktischen Umsetzung, INWO Schweiz 1993², 70 Seiten, DM 8.--

Werner Rosenberger: **Die Welt im Umbruch**, INWO Schweiz, 1994², 44 Seiten, DM 9.--

Zukunftsfähige Wirtschaft, Beiträge zur 4. internationalen Tagung der INWO in Bern 1995, 135 Seiten, DM 20.--

Gabriele Winkler, Claude-Alain Perrochet: **Arbeitslosigkeit Folge des Geld- und Wirtschaftssystems**, INWO Schweiz 1996, 111 Seiten, DM 12.--

Wera Wendnagel (Hg.): **Frauen leisten die wichtigste Arbeit**, Gauke Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1996, 53 Seiten, DM 12.--

4. Zeitschriften:

Zeitschrift für Sozialökonomie, c/o Gauke Verlag Postfach 1320, 24219 Lütjenburg
Fragen der Freiheit c/o Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 73087 Bad Boll
Der Dritte Weg, Erfstr. 57, 45219 Essen
Alternative 2000, Südring 110, 39112 Magdeburg
Evolution c/o INWO-Schweiz, Postfach, CH-5001 Aarau

Freiwirtschaftliche Bibliothek
Steenkamp 7, 26316 Varel

Schweizerische Freiwirtschaftliche Bibliothek
c/o Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, Petersgraben 51
CH-5003 Basel

Die Versandabteilung **DER DRITTE WEG**
Rappenbergstr. 64, 91757 Treuchtlingen
bietet ebenfalls eine **Bücherversandliste** an.
T.A.

A 14

Rezensionen und Annotationen

Dieter Suhr

Der Kapitalismus als monetäres Syndrom – Aufklärung eines Widerspruchs in der Marx'schen Politischen Ökonomie

Campus Verlag, Frankfurt: 1988, 106 S.

Karl Marx lehrte: Der Kapitalismus beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Durch die Produktionsverhältnisse sind die Arbeiter von den Bedingungen für die Verwirklichung der Arbeit getrennt und können von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Bei seiner Analyse kapitalistischer Ausbeutungs- und Machtzusammenhänge ging Marx von der historisch vorgegebenen Struktur der feudalen Gesellschaft aus. Diese habe erst Geld und Ware in Kapital verwandelt und die Arbeiter von den Arbeitsmitteln geschieden. Wolle man den Kapitalismus überwinden, müsse das Privateigentum an den Produktionsmitteln überwunden werden. Prof. Dr. Dieter Suhr (Universität Augsburg) hinterfragt diese grundlegende Überzeugung marxistischen Denkens im Geiste der „Kritik der Politischen Ökonomie“ und kommt zu verblüffenden Feststellungen.

Folgt man einer Kette bestimmter Gedanken, die sich Marx über das Geld gemacht hat, muß man an der Richtigkeit seiner gängigen These zweifeln. Dann erscheint Kapitalismus vielmehr als ein Syndrom, das seinen Herd in der Struktur des Geldes hat, in bestimmten Eigenschaften des Geldes.

Marx hat uns in seiner Beurteilung des Geldes folgende Erblast hinterlassen. Einerseits betont er häufig, Geld sei ein Äquivalent der Waren, und es habe selbst keine kapitalistische Eigenschaft. Andererseits erklärt Marx mehrfach, inwiefern das Geld anderen Tauschobjekten überlegen ist – als Ware von „größter Tauschkraft“ und „Schlagfertigkeit“. Diese zweite Beobachtung läßt vermuten, daß dem Geld in Wirklichkeit eine viel größere Bedeutung zukommt, als ihm in der üblichen marxistischen und klassischen Denkweise zugestanden wird.

Gehören zu den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit nur sachliche Produktionsmittel? Gehört

nicht vor allem ein allgemeines ökonomisches Kommunikationsmittel – das Geld – dazu, damit Eigentümer, Produzenten, Arbeiter und Konsumenten miteinander ins Geschäft kommen? Ohne Geld bewegt sich in der arbeitsteiligen Wirtschaft fast nichts.

Marx hat aufschlußreich beschrieben, warum Geld eine besondere Rolle spielt, warum es auch ein der Ware überlegenes Nicht-Äquivalent ist. Der Unterschied zwischen Geld und Ware zeigt sich in der unterschiedlichen *Brauchbarkeit* im Tauschverkehr. Geld ist das bessere Tauschmittel. Die Ware hingegen ist „gegenüber dem Geld ein Tauschmittel von nur beschränkter Kraft“. „Geld kann immer andere Waren kaufen, während andere Waren nicht immer Geld kaufen können“, zitiert Marx zustimmend Thomas Tooke.

Die Überlegenheit des Geldes bewirkt eine asymmetrische Struktur von Kauf und Verkauf. Der potentielle Käufer muß nicht unmittelbar kaufen, wenn er selbst gerade verkauft hat (wie es in der reinen Tauschwirtschaft der Fall ist); er kann warten, wenn er nicht dringend großen Hunger stillen muß. Von der Macht derer, die Geld besitzen, ist von vornherein auch der Arbeiter als Verkäufer von Arbeit abhängig; er steht unter dem Druck, seine Arbeit anbieten zu müssen und ist somit erpreßbar. Dies muß – so vermutet Suhr – Marx gespürt haben: Die Widersprüche des Kapitalismus tauchen eigentlich nicht mit der Trennung von Arbeit und Eigentum auf, sie haben ihren Grund in der Aufspaltung des unmittelbaren Austausches in Verkauf und Kauf durch das Geld. Dennoch versucht Marx, eine Neutralisierung der Asymmetrie zu konstruieren mit der Vorstellung des Rollentausches: daß der benachteiligte Verkäufer nach dem Tausch zum Käufer wird und umgekehrt. Doch vergeblich – denn Arbeiter und Kapitalisten bleiben grundsätzlich in ganz verschiedenen Ausgangssituationen: Die einen *müssen* ihre Arbeitskraft verkaufen und Waren kaufen, um leben zu können. Die anderen haben lebensnotwendige Bedürfnisse längst befriedigt; es geht ihnen bei dem Geld, das sie übrig haben, nur um den Profit; sie können anderer Leute Arbeit kaufen, müssen es aber nicht. Der Geldkapitalist kann Arbeiter und vermögenslose Unternehmer warten lassen.

Als fundamentale und umfassende Polarisation ergibt sich: auf der einen Seite die Geldkapitalisten, auf der anderen Seite Produzenten, Arbeiter, Konsumenten. Damit wird viel genauer unterschieden als mit der üblichen pauschalen Polarisation „Kapital und Arbeit“. Auch die vermögenslosen Unternehmer, die unternehmerische Arbeit leisten wollen, sind ja dem Geldbesitzer ausgeliefert, wenn ihnen das Geld fehlt, Produktionsmittel und Rohstoffe zu kaufen und Löhne vorzufinanzieren.

Wenn nun Geld ein der Ware überlegenes Nicht-Äquivalent ist, wie ist dann die Paradoxie zu erklären, daß Geld ein Äquivalent der Ware ist?

Geld ist ein Äquivalent der Ware im Augenblick eines Vertragsabschlusses. Hierbei dient Geld als ein Vergleichsmaßstab. Es wird ein Kaufpreis vereinbart, und die so bestimmte Summe wird bei Zahlung des Kaufpreises bezahlt. Es geht hier also um den Nennwert des Geldes im Sinne seines Tauschwertes (zum Beispiel 100 DM). Geld dient in diesem Fall als Wertmaß. (Heute spricht man von „Währungseinheit“.)

Im wirtschaftlichen Verkehr aber ist Geld der Ware überlegen. Hier haben wir es zu tun mit dem Gebrauchsnutzen des Geldes, mit der monetären Liquidität.

Man muß noch einen Schritt tiefer gehen und fragen, was denn letztlich den Gebrauchswert von Waren und Geld und die vergegenständlichte Arbeit bestimmt. Nur „der Rock ist ein Gebrauchswert, der ein besonderes Bedürfnis befriedigt“, sagt Marx bezüglich einer Ware. Wenn sie nicht am Ende menschliche Bedürfnisse befriedigt, ist eine Ware wertlos. Es ist also das *Bedürfnis*, das den Gebrauchswert der Ware und die in ihr vergegenständlichte Arbeit bestimmt. Das *Geld* nun befriedigt das *Bedürfnis* der Produzenten und Konsumenten nach *ökonomischer Kommunikation*, nach Austausch der Produkte. Das Phänomen „menschliche Bedürfnisse“ ist die Basis, von der die Marxschen Gedankengänge in „Das Kapital“ ausgehen. Auf der ersten Seite von Band I taucht dieser Begriff gleich dreimal auf. „Nicht erst in der Arbeit, sondern schon im Bedürfnis gründet die Wertlehre und damit auch die Mehrwertlehre“, schreibt Suhr. Dennoch ist die marxistische Wert- und Mehrwertlehre fast ganz zu einer Arbeitslehre geworden. Marx und Engels blieben noch zu sehr befangen in der klassischen Arbeitswertlehre Ricardos.

Zwar spricht Marx dem Geld durchaus einen besonderen Gebrauchswert zu, sieht aber im Geld keine selbständige Mehrwertquelle, da hinter dessen besonderen Eigenschaften – wie er einerseits behauptet – keine werteschaaffende Arbeit stecke. Damit widerspricht Marx seinen eigenen Beobachtungen, die er an anderen Stellen wiedergibt: Geld komme aus der Zirkulation und sei „Produkt der Zirkulation“. Die Arbeit, die die Äquivalenzform der Ware als Geld und den Nutzen des Geldes hervor-

bringt, leisten nämlich die Wirtschaftsteilnehmer durch ihre „gesellschaftliche Tat“: Indem sie das Geld als Tauschmittel akzeptieren, es ausgeben und annehmen, die Arbeit des Austauschs leisten, die Geld produziert und reproduziert. Die Voraussetzungen, die nach Marx erfüllt sein müssen, damit ein Gut selbständige Mehrwertquelle sein kann, sind also beim Geld durchaus gegeben. Der typische kapitalistische Mehrwert ist im Geld selbst angelegt.

Pervers an diesem „Geheimnis der Plusmacherei“ ist: Diejenigen, die durch ihre „gesellschaftliche Tat“ den Gebrauchsnutzen des Geldes produzieren, müssen für den Gebrauchsnutzen des Geldes einen Preis (Zinsen) zahlen an diejenigen, die die Produktion stören, indem sie ihr Geld zurückhalten, wenn kein „angemessener“ Zinsgewinn winkt.

Das Geld überträgt seine kapitalistische Eigenschaft auf die Güterwelt. Nur mit Geld kommt man ja im allgemeinen an Sachgüter heran, also müssen auch Produktionsmittel Zinsen abwerfen. An sich besitzt Realkapital keine zinserspressenden Eigenschaften. Der Kapitalismus ist also eine Folge des traditionellen Geldsystems.

Unter den Bedingungen des kapitalistischen Geldes haben sich Eigentumsformen entwickelt, bei denen die Kapitalgeber das letzte Wort haben. Aber nicht auf die Eigentumsformen ist der Kapitalismus letztlich zurückzuführen, sondern die kapitalistischen Eigentumsformen sind auf das kapitalistische Geld zurückzuführen.

Die Überwindung des Kapitalismus muß beim Geld ansetzen. Durch Veränderung der Geldstruktur ließe sich der kapitalistische Profit und damit die Ausbeutung – soweit sie geldordnungsbedingt ist – beseitigen. Dazu hat Dieter Suhr ein Modell für legale Privatinitiativen entwickelt. Er erwähnt aber auch Vorschläge für administrative Maßnahmen. Der Grundgedanke ist: Der Geldnutzen muß die Geldinhaber grundsätzlich Geld kosten, sei es in Form einer Ausgleichsabgabe für den Liquiditätsvorteil oder durch Erhebung von Liquiditätsgebühren, die die Geldinhaber von Zeit zu Zeit treffen können. Die Folge solcher Maßnahmen ist eine Neutralisierung des positiven Zinses. Dabei behält der Zins seine wichtige Funktion, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt anzuzeigen. Tüchtige Arbeiter können nun, wenn die Zinsbelastungen entfallen, selbst Produktionsmittel erwerben und ihre eigene Produktion aufbauen. Verstaatlichung von Produktionsmitteln ist nicht erforderlich. (Wohl müßten allerdings Bodenzinsen und Bodenwertzuwächse auf die Allgemeinheit umverteilt werden, um eine weitere Ursache der kapitalistischen Ausbeutung zu neutralisieren.)

Marxisten müssen umdenken. Sie können es tun, ohne sich von ihrem geistigen Vater gänzlich lossagen zu müssen. Dieter Suhr hat ihnen eine Brücke gebaut zu modernen geldtheoretischen Erkenntnissen. Sein Buch ist auch im Hinblick auf das Umdenken im Ostblock von Bedeutung. Es könnte dazu beitragen, das ideologische Vakuum, in das die westliche Linke aufgrund von Perestroika und Glasnost zunehmend gerät, mit neuen ökonomischen Zielvorstellungen aufzufüllen. Suhrs Untersuchung ist aber auch denen zu empfehlen, die ihre Marx-Kritik bisher allzu pauschal und undifferenziert vorgetragen haben.

Josef Hüwe, Berlin